



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 14.07.2016**

Anwesend waren:

Vorsitzender:

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

CDU-Fraktion

Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dennis Moneke	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Herr Jörg Rüppel	
Frau Susanne Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Joachim Lorchheim	
Herr Karl Montag	
Frau Jacqueline Stolle	
Herr Marcus Stolle	
Frau Petra Strauß	

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Vanessa Grauer	
---------------------	--

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
Frau Erika Rebbig-Kosir	

FDP-Fraktion

Herr Manfred Lister	
Frau Jutta Thiele	

Mitglieder des Magistrats

Herr Reiner Brill	
Herr Berthold Diegel	
Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Thomas Große	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Gerhard Marquardt	
Frau Heidrun Ott	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Jürgen Gonnermann	
Herr Matthias Herzog	
Herr Walter Hoefel	
Herr Georg Hofmann	
Herr Thomas Rehbein	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Dagmar Schade-Kurz	
-------------------------	--

Vorsitzender des AB

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Zuschauer/innen

15	
----	--

Vertreter der Presse

1	
---	--

Entschuldigt waren:

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Elisa Rabe	

SPD-Fraktion

Frau Edina Hippe	
Herr Thomas Reyer	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lothar Dietrich	
----------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Stefan Happel	
--------------------	--

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:11 Uhr

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

1. Fortschreibung der strategischen Ziele, Leitlinien und Schlüsselprodukte für die Kreisstadt Eschwege Seite 7
2. 2. Änderung der Hauptsatzung der Kreisstadt Eschwege Seite 14
3. 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit
hier: Stadtteil Albungen Seite 15
4. a) Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege
b) Aufhebung Antrag der SPD-Fraktion/ Bündnis 90/ Die Grünen vom 04.06.2012, Weiterbearbeitung von im Geschäftsgang befindlichen Anträgen Seite 15
5. Änderungsantrag der Stv.-Fraktion Die Linke zum Antrag auf Änderung des § 16 (Anregungen) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege Seite 37
6. a) Wahl der Mitglieder des Personalrates sowie deren Stellvertreter für die Betriebskommission des Eigenbetriebes „Baubetriebshof“
b) Wahl der Mitglieder des Personalrats sowie deren Stellvertreter für die Betriebskommission „Wasserversorgung Eschwege“ Seite 38

7.	Bebauungsplan Nr. 27.3 „Schützenweg 2“ (Änderung eines Teilbereichs des Bebauungsplanes Nr. 27 Sondergebiet „Großer und Kleiner Leuchtberg“; Aufstellungsbeschluss und Einleitung der Träger- und Bürgerbeteiligung	Seite 40
8.	Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Konzept für eine Verbesserung der Sauberkeit des Stadtbildes	Seite 41
9.	Erneuerung der Gehwege und Parkstreifen in dem Langenhainer Weg in Eschwege im Zuge der gemeinsamen Baumaßnahme „Grundhafte Fahrbahndeckenerneuerung der L 3424 zwischen der OD-Grenze und der Goldbach-Kreuzung“ mit Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement Eschwege, den Stadtwerken Eschwege und der Kreisstadt Eschwege hier: Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung nach § 100 Abs. 1 HGO in Verbindung mit Ziffer 3.13 der Budgetierungsrichtlinie der Kreisstadt Eschwege	Seite 44
10.	Magistratsbericht	Seite 45
11.	Anregungen	Seite 49
	11.1 Austausch der Rückenlehnen der Stühle in der Stadthalle	Seite 49
	11.2 Bericht über die Reparatur der Stühle in der Stadthalle	Seite 50

- 1 -

Stv.-V. Hamp:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Presse, ich begrüße Sie zur heutigen Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, dem 14. Juli. 14. Juli, ich betone das ein bisschen. Unsere Grüße gehen nach Frankreich, nach Saint-Mandé. Vive la France. Es ist ihr großer Tag heute. Herzliche Grüße von dieser Stelle.

Wo Freude ist, ist leider auch manchmal Traurigkeit. Sie wissen es alle. Unser geschätzter Herr Otremba ist von uns gegangen. Ich brauche nicht zu erzählen, was der Mann geleistet hat, welche Verdienste er hat, wo sein Lebenszweck war und sein –inhalt. Ich würde Sie bitten, zu seinem Gedenken sich von den Plätzen zu erheben.“

Es folgt eine Gedenkminute.

Stv.-V. Hamp:

„Ich danke Ihnen. Möge seine Familie die Kraft finden, den Verlust zu verwinden.

Kommen wir von dem Traurigen wieder zu etwas Fröhlichem. Die schöne Übung zu Beginn der Sitzung, die Geburtstagskinder verlesen zu dürfen.“

Stv.-V. Hamp gratuliert allen Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Stv.-V. Hamp:

„Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 5. Sitzung in diesem Kalenderjahr und zur 4. in dieser Legislaturperiode. Im Internet ist am 6. Juli 2016 die Veröffentlichung erfolgt, und der Hinweis auf diese Veröffentlichung erfolgte am 9. Juli 2016 in der Werra-Rundschau. Ich stelle somit die ordnungsgemäße Ladung fest.

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Ich lasse jetzt die Tagesordnung zur Abstimmung geben. Wer für die Tagesordnung ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Herr Gassmann, bitte.“

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die Linke hat einen Änderungsantrag eingebracht und zwar zu dem Tagesordnungspunkt 4. Deswegen sind wir der Meinung, gehört unser Antrag nicht als Tagesordnungspunkt 5 auf die Tagesordnung, sondern sollte im Rahmen der Erörterung des Tagesordnungspunktes 4 a und 4 b mit behandelt und auch entschieden werden.“

Stv.-V. Hamp:

„Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag von Herrn Gassmann gehört. Wer dafür ist, die Tagesordnung insoweit in den Punkten 4 und 5 zu ändern, indem beide zusammengefasst werden, den bitte ich um das Handzeichen.“

Beschluss:

Die Tagesordnung wird gemäß Änderungsantrag in den Punkten 4 und 5 geändert. Der Punkt 5 wird mit Punkt 4 zusammengefasst.

Mit 14 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Stv.-V. Hamp:

„Dann bleibe ich bei meiner ersten Frage.

Ja, Herr Gassmann, bitte.“

Stv. Gassmann:

„Das ist rechtswidrig. Punkt. Zweitens lege ich Wert darauf, dass über den Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 4 entschieden wird, bevor über den Tagesordnungspunkt 4 selber entschieden wird. Unser Antrag ist weitergehend und deswegen ist unser Antrag zuerst abzustimmen. Sollte dem Wunsch nicht stattgegeben werden, werde ich mir Konsequenzen überlegen.“

Stv.-V. Hamp:

„Das ist Ihr gutes Recht, Herr Gassmann. Um die Luft da rauszunehmen, Herr Schneider.“

Stv. Schneider:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, dann will ich es zumindest kurz erklären. Herr Gassmann, wir halten Ihren Antrag in der Form, wie Sie ihn gestellt haben, für rechtswidrig. Das wird der Kollege dann nachher auch erklären. Aber Sie können Ihren Antrag dann gerne noch einmal zu dem Tagesordnungspunkt stellen. Ich will das zumindest erklären. Das wird aber in der Summe nichts ändern. Danke.“

Stv.-V. Hamp:

„Danke, Herr Schneider. Ich will Herrn Gassmann nicht das Gefühl lassen, dass ihm Unrecht geschieht. Gleichwohl, ich frage Sie, ob der Tagesordnungspunkt 5 nicht isoliert, sondern zum Tagesordnungspunkt 4 gezogen werden soll.“

Herr Gassmann macht eine Bemerkung vom Platz.

Stv.-V.-Hamp:

„Kommen Sie bitte ans Pult, wenn Sie etwas zu sagen haben. Vielleicht habe ich Sie falsch verstanden. Dann wiederholen Sie es bitte.“

Stv. Gassmann:

„Über die Entscheidung und über die Abstimmungsreihenfolge bei Anträgen entscheidet nach § 25 oder 26 der Geschäftsordnung der Kreisstadt Eschwege allein der Vorsitzende.“

Stv.-V. Hamp:

„Richtig. Und der Vorsitzende hat das Recht, das trotzdem zur Abstimmung zu stellen. Das ist nirgendwo untersagt und das geschieht hiermit.“

Beschluss:

Die Tagesordnung wird gemäß Änderungsantrag in der Reihenfolge geändert. Der Punkt 5 wird vor Punkt 4 behandelt.

Mit 14 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Stv.-V. Hamp:

„Dann stelle ich fest, dass dieser Antrag der Fraktion Die Linke abgelehnt wurde. Dann stelle ich gleichwohl die Tagesordnung in der vorliegenden Form zur Abstimmung. Wer für diese Tagesordnung ist, den bitte ich um das Handzeichen.“

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form angenommen.

Mit 18 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen beschlossen.

Stv.-V. Hamp:

„Dankeschön, meine Damen und Herren, steigen wir also in die Tagesordnung ein. Beginnen wir mit dem Tagesordnungspunkt 1 „Fortschreibung der strategischen Ziele, Leitlinien und Schlüsselprodukte für die Kreisstadt Eschwege“. Das Wort hat der Erste Stadtrat und Stadtkämmerer Herr Brill. Herr Brill, bitteschön.“

1. FORTSCHREIBUNG DER STRATEGISCHEN ZIELE, LEITLINIEN UND SCHLÜSSELPRODUKTE FÜR DIE KREISSTADT ESCHWEGE
- 1/2/3/4/03 -

StK. Brill:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben eine ausführliche Unterlage zu diesem Punkt erhalten. Ich habe mir trotzdem erlaubt, noch einmal ein paar Folien zusammenzustellen, die ich am Dienstag auch im Finanzausschuss gehabt habe. Ich habe das Ganze noch einmal ein bisschen gekürzt. Es scheint aber notwendig zu sein, damit vielleicht der eine oder

andere die Entwicklungen der letzten Jahre besser nachvollziehen kann, der in der letzten Legislaturperiode nicht dem Gremium angehört hat.

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, in 2007 die Doppik eingeführt, die doppelte Buchführung in Konten. Das war sicherlich ein ganz wichtiger Schritt für mehr Transparenz im Haushalt. Wir können damit deutlich machen, wie unser Anlagevermögen abgeschrieben wird. Wir sehen die Verpflichtungen, die wir im Haushalt haben, was Pensionsrückstellungen angeht. Wir sehen auch die Entwicklung unserer Schulden, des Vermögens, der Finanzlage der Kreisstadt Eschwege. Aber, das ist jetzt ein wichtiger Punkt, die Input-Orientierung der Kameralistik haben wir trotzdem beibehalten. Das heißt wir haben, trotz Einführung der Doppik, nach wie vor es nicht geschafft, Ziele zu beschreiben, die wir erreichen wollen, Leistungen genauer zu definieren. Die Wirkungen, die Ergebnisse, die wir erreichen wollen, sind nicht benannt worden. Und der Ressourcenverbrauch ist auch nicht ins Verhältnis gesetzt worden zur Leistungserbringung. Mit anderen Worten, wir haben nicht strategisch gesteuert. Den Steuerungskreislauf, meine Damen und Herren, den kennen Sie. Wir sind nicht systematisch in den letzten Jahren der Frage nachgegangen, was wollen wir eigentlich erreichen. Was wollen wir tun? Welche Produkte, welche Leistungen wollen wir einsetzen, dass wir die Dinge erreichen? Wie müssen wir es tun? Auf welche Prozesse, auf welche Strukturen kommt es an? Welche Ressourcen wollen wir dafür auch zur Verfügung stellen?

Das Ganze hat sich mit Beginn oder mit Ende des Jahres 2010 eigentlich verändert. Damals haben wir das erste Mal strategische Ziele für die Kreisstadt Eschwege definiert. Wir haben das definiert, indem wir insbesondere uns Expertisen angeschaut haben zu den Entwicklungen, zu den Stärken, zu den Potentialen der Kreisstadt Eschwege, unter anderem das Eschwege Programm, aber auch beispielsweise der Masterplan Tourismus. Die Stärken, die wir haben, die sind Ihnen bekannt. Das ist zum einen, dass wir sehr starke Betriebe haben, die teilweise am Weltmarkt auch sehr gut aufgestellt sind in der Metallverarbeitung, im Sonderwerkzeugmaschinenbau. Wir haben einen sehr starken Einzelhandelsstandort, einen sehr starken Einzelhandelsbesatz. Wir haben eine wunderbare Landschaft, Mittelgebirgslandschaft, mit einer Lage am See und am Fluss. Und wir haben Potential im Bereich der Erneuerbaren Energien und darüber hinaus haben wir eine hervorragende Infrastruktur im Bereich Soziales, Kultur, Bildung. Gesundheit ist da noch zu nennen. Und unsere Stadt ist geprägt durch ein sehr starkes bürgerschaftliches Engagement in Vereinen, in Verbänden. Daraus abgeleitet haben wir in 2010 dann diese fünf strategischen Ziele und haben in der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2010 diese Ziele auch verabschiedet. Zu den Zielen haben wir damals Leitlinien definiert. Hier ein Beispiel für das strategische Ziel Standort für naturnahen Tourismus zu sein. Diese Leitlinien sind sozusagen ein roter Faden und beschreiben grob die Handlungsanleitung für die Erreichung unserer strategischen Ziele.

Der nächste wichtige Schritt ist in den Jahren 2011 bis 2014 dann gemacht worden innerhalb der Verwaltung. Wir haben unsere Produktbeschreibungen nach und nach qualifiziert. Insgesamt 60 Produktbeschreibungen, die wir dann im Finanzausschuss auch vorgestellt haben, und die dann nach und nach auch Eingang in den Haushaltsplan gefunden haben. Und zur Qualifizierung der Produktbeschreibungen gehörte insbesondere, dass wir deutlich beschrieben haben, welche Ziele wir eigentlich erreichen wollen, dass diese Ziele nachprüfbar sind. Wir haben Kennzahlen zum Mitteleinsatz und Kennzahlen auch zu den erbrachten Leistungen definiert. Hier mal kurz beispielhaft auch am Produkt Tourismus deutlich gemacht, welche Qualitätssprünge wir in der Zeit erarbeitet haben. Hier die Beschreibung der Leistungen im Jahr 2008. Da sieht man im Prinzip, dass die Produktbeschreibung noch in den Kinderschuhen gesteckt hat. Nachvollziehbare Leistungen sind das nicht und nachprüfbar auch nicht. Wenn Sie sich die Produktbeschreibung im Jahr 2013 für das Produkt Tourismus anschauen, sehen Sie, hier sind die Leistungen nachvollziehbar, überprüfbar und das ist ein richtiger Qualitätssprung. Gleiches gilt für die operationalen Ziele. Auch hier in 2008 wird man dem, was man eigentlich an Anspruch stellt an die Formulierung von operationalen Zielen, nicht gerecht. Das, was man als sogenannte Smart-Ziele beschreibt, als spezifisch messbar, angemessen, relevant und terminiert, ist nicht erreicht worden. Bei der Beschreibung der operationalen Ziele in 2013 sieht das dann, wie gesagt, ganz anders aus, für das Kennzahlensystem, dass man eigentlich als solches gar nicht so benennen darf. Kennzahlen zur Messung der Leistung und zum Mitteleinsatz gab es schlichtweg nicht. Die Kennzahlen in 2013 umfassen jetzt tatsächlich Kennzahlen zum Mitteleinsatz. Sie umfassen Kennzahlen zur Leistung, sowohl zur Qualität als auch zur Quantität. Sie umfassen Kennzahlen auch zu den Wirkungen.

Die Vorteile guter Produktbeschreibungen, meine Damen und Herren, liegen auf der Hand für die Bürgerinnen und Bürger, die sehen dadurch, welche Leistungen die Verwaltung eigentlich tatsächlich erbringt. Es ist das, und das betone ich noch einmal, das Steuerungsinstrument und das Kontrollinstrument für die Stadtverordneten, also für Sie. Sie entscheiden darüber, welche Ressourcen Sie zur Verfügung stellen. Sie entscheiden darüber, welche Leistungen erbracht werden sollen, auch in welcher Qualität und in welcher Quantität. Und es ist natürlich ein gutes Optimierungsinstrument für die Budget- bzw. Produktverantwortlichen.

Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur wirkungsorientierten Steuerung war dann im Jahr 2014. Da haben wir das erste Mal im Haushalt nochmal Informationen reingegeben für jeden Teilhaushalt, wie die strategische Ausrichtung für den Teilhaushalt ist, wo die Arbeitsschwerpunkte liegen, wo die konzeptionellen Ansätze sind. Wir beschreiben seitdem auch gesellschaftliche Entwicklungen, gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die Auswirkungen auf die Produkte haben.

Bei den Haushaltsberatungen im November/Dezember 2015 haben wir einen weiteren ganz, ganz wichtigen Schritt gemacht. Wir haben nämlich erstmals auch auf einer formalen Ebene die strategische Zielplanung mit der Budgetplanung verbunden, indem wir bei den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss nicht mehr Teilhaushalt für Teilhaushalt durchgegangen sind und da jede einzelne Position, sondern indem wir uns auf das konzentriert haben, was wichtig ist bei der strategischen Steuerung, nämlich bei den Produkten, die tatsächlich steuerungsrelevant sind und die Produkte, die wichtig sind, um strategische Ziele auch zu erreichen. Ebenfalls im November 2015 haben wir dann verwaltungsintern mit der Verwaltungsspitze und allen Produktverantwortlichen im Hause einen Workshop gemacht, noch einmal zur strategischen Ziel- und Ressourcenplanung. Bei dem Workshop sind wir noch einmal durchgegangen, welche gesellschaftspolitischen Trends, die Auswirkungen haben, im politischen, ökonomischen, im kulturellen Bereich, auf unsere strategischen Ziele und wir haben dann die strategischen Ziele nochmal neu beschrieben. Wir haben insbesondere die Leitlinien aktualisiert und wir haben Schlüsselprodukte benannt für jedes einzelne strategische Ziel.

Und seitdem, meine Damen und Herren, reden wir von der Technologiestadt, von der Einkaufsstadt, von der Erlebnisstadt bis hin zur Mitmachstadt. Daran sehen Sie, das war ein wichtiger Prozessschritt an der Stelle im Workshop, dass wir gesagt haben, wir verknüpfen die strategischen Ziele mit dem Marktauftritt der Kreisstadt Eschwege.

Hier ein Beispiel noch einmal für die Überarbeitung der Leitlinien am strategischen Ziel Erlebnisstadt. Hier die Schlüsselprodukte, die dazu dienen. Und das haben wir für alle sechs strategischen Ziele, die jetzt definiert sind, so getan. Das ist in der Vorlage ja auch im Detail abgebildet. Wir haben in den vergangenen Jahren aber natürlich auch schon mit vielen Projekten und Maßnahmen dazu beigetragen, dass wir tatsächlich die strategischen Ziele, die wir uns gesetzt haben, im Jahre 2011 auch erreichen. Hier ein paar Beispiele für Maßnahmen, für Projekte für den Bereich der Einkaufsstadt. Hier für den Bereich der Familienstadt. Und hier für die Erlebnisstadt.

Das ist jetzt der Stand, im Juni/Juli 2016. Wie geht es jetzt weiter? Wir haben Ihnen vorgeschlagen, das steht in der Vorlage auch drin, dass die AG Wirkungsorientierte Steuerung jetzt weiter arbeitet. Sie soll sich zusammensetzen aus jeweils einem Vertreter aus den Fachbereichen, dazu die Wirtschaftsförderung, dazu die Controllerin und dazu der Bürgermeister, der zukünftig statt meiner Wenigkeit diese Prozesse dann zu steuern hat, der Ideen und Impulsgeber auch sein soll. Die Aufgabe der AG ist die Fortschreibung, die Modernisierung auch immer, die Weiterentwicklung der Produktbeschreibung, das Controlling natürlich der Ziele. Den Ausschüssen kommt zukünftig die Rolle zu, alle strategischen Produkte auch zu diskutieren. Das war eine wichtige Anregung im Finanzausschuss auch nochmal am vergangenen Dienstag, wo gesagt worden ist, die strategischen Produkte gehören nicht nur in die Diskussion im Finanzausschuss, sondern natürlich auch in die anderen Ausschüsse, soweit sie betroffen sind. Bei dem strategischen Ziel Familienstadt bedeutet das natürlich, dass alle Schlüsselprodukte, die da zur Zielerreichung dienen, dann auch dort im Ausschuss vorgestellt werden und diskutiert werden. Der Stadtverordnetenversammlung, der obliegt natürlich die Beschlussfassung letztendlich über die Ziele, über die Leitlinien und auch über das Budget, was jeweils zur Verfügung zu stellen ist. Für die Haushaltsaufstellung 2016/2017 bedeutet das natürlich, dass wie immer Schlüsselprodukte in der Diskussion dann auch Vorrang haben. Wenn es Einsparungen zu machen gibt, dann bei weniger relevanten Produkten. Zur Diskussion der Schlüsselprodukte im Finanzausschuss habe ich schon etwas gesagt. In den Teilhaushalten sind auch wieder darzustellen, die signifikanten Veränderungen gegenüber den jeweiligen Vorjahren.

Soweit, meine Damen und Herren, ich denke wir sind auf einem richtigem, auf einem guten Weg, was die strategische Steuerung, was die wirkungsorientierte Steuerung in der Kreisstadt anbelangt. Sie haben, ich wiederhole mich an der Stelle noch einmal, jetzt ein wirklich gutes Instrument an der Hand, um strategisch steuern zu können und darüber zu entscheiden, bei knappen Ressourcen, wo werden sie eingesetzt, und die so einzusetzen, dass die Kreisstadt Eschwege sich zukunftsfähig aufstellen kann. Ich bitte Sie, vorlagegemäß zu entscheiden. Vielen Dank.“

Stv. Lister (Vorsitzender des Finanzausschusses):

„Herr Vorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, der Herr Stadtkämmerer hat mir ja quasi alles vorweg genommen. Ich hatte mich darauf vorbereitet, auf die intensive Präsentation einzugehen. Es ist also auch im Finanzausschuss diskutiert worden, auch, was er in den letzten Worten gesagt hat, dass man auch in der Fortschreibung, die eminent wichtig ist, und das ist auch aus dem Ausschuss heraus ganz klar geworden, dass man auch andere Ausschüsse, die damit zu tun haben, einbindet. Und auch der Finanzausschuss kann Ihnen einstimmig nur empfehlen, beschlussgemäß zu entscheiden. Vielen Dank.“

Stv. Dr. Bödicker:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, insgesamt soll die strategische Zielplanung mit der Ressourcenplanung/Haushaltsplanung enger und konsequenter verknüpft werden. Mit guten Produktbeschreibungen haben es wir Stadtverordneten besser in der Hand, Schwerpunkte innerhalb der strategischen Ziele zu setzen. In den letzten Haushaltsberatungen konnten wir schon die Erleichterung erleben, die allein schon darin liegt, nicht mehr jeden einzelnen Posten vortragen zu müssen, sondern sich auf steuerungsrelevante Produkte zu beschränken. So weit, so gut. Das Erreichte will ich nicht schlecht reden. Schon bisher steckt da viel Arbeit drin. Die Verwaltung möchte ich dafür loben. - Wir bekommen damit ein Werkzeug an die Hand, mit dessen Hilfe wir die strategischen Ziele passgenau in den Haushalt einbinden können. Wir müssen aber auch hier uns Stadtverordnete mitnehmen. Wie auf Bundes- oder Landesebene besteht auch bei uns die Gefahr, dass etwas mit viel Arbeit entwickelt und gepflegt wird und uns Stadtverordneten eigentlich an einer wichtigen Stelle die uns zustehende Macht sichern oder gar vergrößern helfen will, aber nicht von uns genutzt wird, weil wir es selbst nicht hinreichend verstehen. Vielfach habe ich den Vorwurf gehört, dass kaum einer von uns am Workshop teilgenommen hat. Von einigen Kollegen habe ich gewaltige Skepsis wegen des großen Aufwands für die ständige Pflege der strategischen Ziele, Leitlinien und Produktbeschreibungen gehört. Für sie ist das, was herauskommt wichtiger als die Planung. Auch für mich ist ein gutes Ergebnis zentral wichtig. Aber oft lässt sich ein gutes Ergebnis erst über einen gründlichen Iterationsprozess finden. Ohne Planung geht es nicht. Die Planung darf aber kein Selbstzweck werden und darauf mehr Zeit verwandt werden, als auf die zügige Abarbeitung wichtiger Aufgaben. Auch möchte ich nicht, dass über immer neue Fachausdrücke, wie etwa steuerungsrelevante Produkte, wir als Stadtverordnete eine Hemmschwelle gesetzt bekommen, uns selbst in den Iterationsprozess einzuklinken. Noch weniger möchte ich, dass unsere Bürger allein aufgrund der Begrifflichkeiten außen vor sind. Eines der strategischen Ziele ist Mitmachstadt Eschwege und eine der Leitlinien dazu bürgerschaftliches Engagement wird bei der Gestaltung des Gemeinwesens insbesondere im Bereich der interkulturellen Begegnung und Integration beratend und fördernd unterstützt. Also warum nicht unsere Bürger bei der Fortschreibung der strategischen Ziele verstärkt einbinden. Auch bleiben die strategischen Ziele bewusst im Ungefähren. Ich begreife sie als eine Art Grundkonsens. Sie sind wohl der kleinste gemeinsame Nenner. Wir müssen auch an den strategischen Zielen ständig arbeiten und dürfen keine Angst davor haben, zu konkret zu werden. Es geht nicht darum zu verhindern, dass uns, je konkreter wir werden, umso leichter vorgehalten werden kann, was wir alles nicht erreicht haben. Wir sind bei unseren Bürgern in der Pflicht, in erster Linie sachorientiert zum Wohle Eschweges zu arbeiten. Wir werden letztlich an unseren Taten gemessen.

Wir legen als CDU besonderen Wert auf das strategische Ziel Technologiestandort. Dies hat auch seinen Niederschlag in der Koalitionsvereinbarung mit der FWG und der FDP gefunden. Eines unserer

Ziele muss sein, dass sich hier mehr Betriebe ansiedeln. Dafür müssen wir gute Rahmenbedingungen schaffen. Wir dürfen auch nicht davon überrascht werden, wenn wir dann 30 Jahre nach der Deutschen Einheit nahe an der Autobahn liegen werden, denn das ist jetzt zumindest endlich ziemlich absehbar. Wenn wir nun für die Ansiedlung neuer Betriebe mehr investieren wollen, können wir dies mithilfe der Produktbeschreibungen gut bewerkstelligen. Selbst wenn wir uns noch so viel Mühe geben, Anreize für Ansiedlung von Unternehmen zu schaffen, muss uns doch bewusst sein, dass sich um uns herum schon längst viele Betriebe wegen der dort guten Autobahnanbindung angesiedelt haben, beispielsweise in Bad Hersfeld, aber es dennoch nicht mit aller Kraft anzugehen, wäre fahrlässig, denn Stillstand ist Rückstand und man muss schon Unternehmen davon überzeugen, warum sie sich gerade in Eschwege ansiedeln sollen. Von selbst werden auch dann nicht Unternehmen nur deswegen bei uns Schlange stehen, wenn wir dann auch nahe an der Autobahn liegen. Vieles steht und fällt auch mit den Personen, die man mit der Aufgabe betraut, Unternehmen nach Eschwege zu locken. Das Beispiel Technologiestandort soll zeigen, dass es auch hier entscheidend darauf ankommt, dass wir möglichst viele und dazu valide Unternehmensansiedlungen bei uns haben. Dies wäre ein gutes Ergebnis. Auch mit einem relativ guten Ergebnis wäre hier sicher mancher angesichts der starken Konkurrenz anderer Kommunen um ansiedlungswillige Unternehmen zufrieden. Aber der Ansporn muss immer sein, dass für Eschwege optimal Mögliche zu erreichen.

Als weiteres Beispiel möchte ich das strategische Ziel Einkaufsstadt Eschwege anführen. Den Leitlinien dazu entnehme ich, dass wir in Eschwege auf einen guten Branchenmix Wert legen. Was können wir nun konkret dafür tun? Nur Investitionen zur qualitativen Weiterentwicklung von Verkaufsflächen unterstützen? Zunächst brauchen wir Geschäfte, derentwegen Kunden Eschwege aufsuchen und dann auch in anderen Geschäften in Eschwege kaufen. - Dann brauchen wir aktive Unterstützung der Bürger bei der Vermietung, gerade auch von Leerstandsflächen.

Lassen Sie mich schließlich auf die Hilfen zur Schaffung von Wohnraum eingehen. Unterstützung der Bürger, die in ihrem Haus wohnen bleiben möchten, dies behindertengerecht auszugestalten, gibt es. Dies sollte aus meiner Sicht noch verstärkt werden. Bezahlbaren Wohnraum finden die Bürger in Eschwege. Das regelt schon der Markt. Hier braucht die Stadt nach meinem Dafürhalten nicht so aktiv zu werden, wie es aus Kreisen der Sozialdemokraten und der Grünen gerade in letzter Zeit vehement gefordert wird.

Ich bin am Schluss meiner Ausführungen angelangt und möchte noch einmal hervorheben, was mir besonders am Herzen liegt. Wir müssen darum bemüht sein, uns klar und verständlich auszudrücken. Welche Ziele haben wir? Wie wollen wir sie erreichen? Was kostet es? Wir müssen uns klar sein, dass der Teufel immer im Detail steckt. Die groben Linien zu bestimmen ist gut, Teile davon umzusetzen mitunter mühsames Tagewerk, Mittel dafür einzuwerben, damit wir nicht alles alleine schultern müssen, eine Königsdisziplin, die auch gutes Netzwerken erfordert. Was brauchen wir unbedingt? Was wollen wir uns leisten? Und können wir uns das leisten? Gemessen wird in erste Linie an dem, was rauskommt. Wie wir dahin gekommen sind, ist unsere Sache. Die mühsam ausgearbeitete Fortschreibung der strategischen Ziele und Leitlinien samt Produktbeschreibungen kann uns dazu dienlich sein. Deswegen findet sie im Ergebnis die Zustimmung unserer Fraktion.“

Stv. Heinz:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren Kollegen, werte Gäste, nach der Einführung der Doppik im Jahre 2007 und dem ersten produktorientierten Haushalt 2010 hat die Stadt Eschwege in Sachen Haushaltsentwicklung in den zurückliegenden Jahren einen Quantensprung getan. In einer fünfjährigen intensiven Arbeit, wir haben das eben von Herrn Brill erläutert bekommen, hat die rathausinterne Arbeitsgruppe seit 2011 die Haushaltsplanung komplett auf strategische Zielplanung und die steuerungsrelevanten Schlüsselprodukte umgestellt. Die strategischen Ziele bilden jetzt die Entwicklungspotentiale der Stadt genau ab. Sie sind mit der Marketingstrategie „Eschwege überrascht“ in Übereinstimmung gebracht und liefern jetzt ein überzeugendes, klares strategisches Konzept für die Zukunftsentwicklung dieser Stadt. Allen strategischen Zielen sind die jeweils steuerungsrelevanten Schlüsselprodukte zugeordnet. Damit stößt der Haushalt in eine völlig neue Dimension vor. Er bildet nicht mehr nur die aktuelle finanzielle Lage der Kreisstadt ab. Das tut er natürlich immer noch.

Aber im Unterschied zu früher schafft er das durch die Produkte und ihre aktuellen Kennzahlen in einer viel größeren Übersichtlichkeit, in einer viel größeren Informationsfülle und in einer viel größeren Transparenz und Verständlichkeit. Und ich glaube, genau an dem Punkt irrt Herr Dr. Bödicker. Hier wird im Gegenteil mehr Transparenz, mehr Verständlichkeit geschaffen. Wer war denn früher in der Lage, einen kameralistischen Haushalt zu lesen. Kein Mensch. Es sei denn, er ist Profi und damit intensiv befasst. Aber mit diesem Haushalt kommt man auch klar, wenn man nicht in der Kameralistik als Experte drinsteckt. Dieser Haushalt in diesem Modell liefert außerdem, und das ist eigentlich der wichtigste Aspekt, den politischen Mandatsträgern auch ein sehr effektives und äußerst präzises Instrument zur zielgenauen politischen Steuerung des Kurses der Stadtentwicklung. Wenn zum Beispiel eine oder mehrere Fraktionen in diesem Haus, nehmen wir mal das Beispiel CDU, FWG und FDP, einen Wunsch haben, sagen wir mal, ein sauberes Stadtbild herzustellen, dann können Sie im Zuge der Haushaltsberatungen die hierfür relevanten Produkte 545.01 Straßenreinigung und 551.01 Öffentliches Grün/Landschaftspflege ansteuern. Sie können dort, wenn Sie wollen, den Personalschlüssel erhöhen. Sie können die Reinigungsintervalle verkürzen. Sie können das Budget für die Unterhaltung und die Pflege der öffentlichen Grünflächen erhöhen. Sie können die Pflegestandards für ausgewählte öffentliche Grünflächen heraufsetzen. Da brauchen Sie gar nicht mehr den Magistrat um ein Konzept zu bitten. Das kann man jetzt über den Haushalt steuern. Man muss es halt nur begreifen. Insofern ist also diese Form des Haushalts, wenn man es denn richtig versteht und einsetzt, ein wertvolles Steuerungselement für die politische Arbeit. Und da ist natürlich auch, im Unterschied zu Dr. Bödicker, Strategie eben schon wichtig. Denn nur wenn man weiß, wo man letztendlich hin will, ist man auch in der Lage, kluge Entscheidungen zu treffen.

Dieses neue Konzept umzusetzen, hat der damalige Stadtkämmerer Thomas Große von der CDU in seiner Amtszeit einmal als ein Jahrhundertprojekt bezeichnet. Dieses Jahrhundertprojekt hat nun der Stadtkämmerer Brill seit 2011 zielgerichtet umgesetzt und zur Einsatzreife gebracht. Wir haben es erstmalig bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr im Finanzausschuss einsetzen können. Da hat es dann seine Bewährungsprobe auch gut bestanden. Dafür hat Reiner Brill nur sechs Jahre gebraucht und natürlich hat er den intensiven Einsatz vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung gebraucht.

Damit dieses Instrument für die Stadtverordneten auch weiterhin ein exaktes und funktionstüchtiges Instrument der politischen Steuerung bleibt, muss es, auch das ist deutlich geworden, ständig aktuell gehalten, immer weiter entwickelt werden. Die Antriebskraft und der Ideengeber für diesen immerwährenden Prozess, der nicht zum Stillstand kommen darf, muss und kann nur die Verwaltungsspitze sein. Das heißt, es muss in Zukunft der Bürgermeister tun. Hier haben die Mehrheitsfraktionen von CDU, FWG und FDP in Gestalt ihrer Vorsitzenden Schneider, Hölzel und Lister jetzt ein großes Maß an Verantwortung auf sich geladen. Sie haben den Motor der Entwicklung abgewürgt, indem sie die Stelle des hauptamtlichen Ersten Stadtrates und zweiten Dezernenten beseitigt haben. Damit liegt nun die Verantwortung allein beim Bürgermeister oder, wenn er das so will, bei einem ehrenamtlichen Ersten Stadtrat.

Wie aber soll das funktionieren? Wo soll der Bürgermeister denn die zusätzliche Zeit für diese wichtige Aufgabe hernehmen? Er wird ja auch in der Vergangenheit nicht unter Langeweile gelitten haben. Davon gehe ich jedenfalls aus. Wie soll ein ehrenamtlicher Feierabendpolitiker das Wissen, die Zeit und das Durchsetzungsvermögen aufbringen, um solch ein großes Rad in der Verwaltung zu drehen? Und dass sich die Mehrheitskoalition das so richtig nicht zutraut, hat man ja schon an den Bemerkungen von Herrn Dr. Bödicker gesehen, wo zurückgerudert wird und wo gesagt wird, so etwas brauchen wir gar nicht. Wir entscheiden lieber dann mal so aus der Hüfte geschossen, schnell, ad hoc nach jeweiliger Situation. Ich glaube, das ist verhängnisvoll, wenn man hier nicht mehr strategisch überlegt. Die Herren Schneider, Hölzel, Lister haben ohne Not die Axt an die Entwicklung gelegt. Sie haben damit, ich sage es noch einmal, immense Verantwortung auf sich geladen. Sie müssen jetzt dafür sorgen, dass die von Brill eingeleitete Entwicklung fortgeschrieben wird und funktionsfähig bleibt. Wie sie das machen wollen, ohne einen zweiten hauptamtlichen im Rathaus, haben Sie bislang nicht erklären können. Was die Zerschlagung von Strukturen ohne Alternativkonzept anrichten kann, können wir gerade bei den Brexit-Folgen in England beobachten. Wir hoffen, dass Schneider, Hölzel, Lister wissen, was sie tun. Dann wird nämlich schnell Schluss sein mit dem Spaß und dem Gelächter. Sie sind jetzt in der Verantwortung, meine Damen und Herren. Und wir werden genau im Auge behalten, wie Sie diese Verantwortung wahrnehmen. Dankeschön.“

Stv. Lister:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, ja, Herr Heinz, das hatten Sie auch schon im Finanzausschuss dargelegt und es ist auch richtig, dass hier eine wirklich gute Arbeit geleistet worden ist, und das seit 2007. Ich darf auch daran erinnern, als wir noch gemeinsam den Finanzausschuss leiten durften, dass wir als Stadt Eschwege relativ früh die Doppik eingeführt haben und dass ein solches Umdenken in der Verwaltung vielleicht noch viel schwieriger ist als bei uns Stadtverordneten. Das dürfte auch klar sein. Ja, in den letzten Jahren hat sich viel getan. Ja, durch die Doppik und auch die Produkte, die in der Verwaltung erarbeitet wurden, und ich würde das ungern personifizieren, weil das in der Vergangenheit auch immer bei Amtsträgern anderer Fraktionen auch immer auf die Verwaltung mit umgelegt worden ist. Und das ist auch berechtigt. Ja, es ist ein Impuls gewesen, der die Pionierarbeit geleistet hat. Ich glaube, das will keiner hier im Raum abstreiten. Wir haben eine Basis, auf die wir aufbauen können. Und zu dem Süffisanten mit dem Magistrat bezugnehmen auf unseren Antrag, vielleicht haben Sie Recht, aber auch wir sind bereit, zu lernen, und behaupten nicht, die steuerungsrelevanten Produkte so verinnerlicht zu haben, wie vielleicht Ihre Fraktion. Ich bin guter Dinge, dass wir gemeinsam dieses gute Werk weiterführen. Und es ist auch in meinen Ausführungen als Finanzausschussvorsitzender klargeworden. Das ist eine Stichtagsbetrachtung, die wir heute haben und sicherlich werden wir die ein oder anderen Dinge dort entwickeln müssen. Ein Beispiel sind, und das ist nicht zur Sprache gekommen, die Überschriften. Da habe ich schon mit Technologiestadt, Erlebnisstadt, Einkaufsstadt so meine Probleme. Aber bitte, darüber kann in Zukunft diskutiert werden. Wo ich auch Probleme habe ist, wenn Schlüsselprodukte wie bei der Technologiestadt oder Einkaufsstadt übergreifend sind. Dort findet man die Wirtschaftsförderung. Dort findet man auch das Produkt 511.01. Aber das sind Überschneidungen. Bitte, das ist erstmalig. Wir haben keine Blaupause gehabt in der Verwaltung und auch Herr Brill nicht. Wir haben einen guten Start. Wir können daran arbeiten. Und ich bin auch der festen Überzeugung, dass wir Stadtverordnete im Jahr 2017 schon ganz anders mit dem Haushalt umgehen können, als es vielleicht in 2016 war. Ich kann das nicht beurteilen. Ich war nicht dabei. Ich meine auch, dass wir diese Sache gemeinsam mit den unterschiedlichen Intentionen der Parteien schultern können. Ich habe mir den Haushalt 2016 angeschaut. Das sind auch sehr ambitionierte Ziele, wenn ich die Netto-Beschäftigung in Eschwege nach vorne treiben will. Ich weiß nicht, ob der politische Raum dazu in der Lage ist. Aber es ist zumindest ein definiertes Ziel, nach dem man sich richten kann und ausrichten muss. Ich glaube auch, dass wir vielleicht in fünf Jahren ganz andere steuerungsrelevante Produkte haben. Deshalb ja, wir haben einen Fundus in den letzten Jahren seit 2007 hier vorgestellt bekommen, auch von dem Vorgänger Herrn Brills. Und darauf lässt sich aufbauen. Und ich denke, wir sollten das, und das möchte ich hier an der Stelle noch einmal sagen, zum Gemeinwohl der Stadt Eschwege, tun. Wir sind keine Selbstdarsteller, die eigene Interesse zu verfolgen haben, sondern für die Stadt Eschwege das Beste rausholen wollen. Ich denke, auch schon im Vorfeld der Haushaltsberatung 2017 sind wir alle aufgefordert, die steuerungsrelevanten Produkte, die wir momentan vorliegen haben, dass wir die noch einmal nachjustieren, sofern erforderlich. Ich kann auch noch einmal allen Beteiligten danken für die akribische Arbeit. Ich möchte aber auch die Einwände von Herrn Dr. Bödicker sehen. Wir dürfen jetzt nicht sehen, dass jetzt die AG Wirkungsorientierte Steuerung sich dort in diesen steuerungsrelevanten Produkten und Leitlinien verliert. Dazu sind die Ressourcen zu knapp. Ich denke, wir werden das gemeinsam auf einen guten Weg bringen. Wir haben jedenfalls eine gute Startposition. Und ich danke allen Beteiligten für das akribische Arbeiten. Vielen Dank.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Kenntnisnahme des Sachverhaltes und Zustimmung zu den o.a. strategischen Zielen, Leitlinien und Schlüsselprodukten und deren Fortschreibung.

Einstimmig beschlossen.

2. 2. ÄNDERUNG DER HAUPTSATZUNG DER KREISSTADT ESCHWEGE

- 1 -

Bgm. Heppe:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben die Vorlage vor sich liegen. Es geht hier um zwei Punkte, die wir ändern möchten. Zum einen möchten wir die Hauptsatzung der geltenden Haushaltslage anpassen. Es existiert inzwischen bei uns eine Budgetierungsrichtlinie. Der Verweis auf die Erheblichkeitsgrenze der jeweils gültigen Haushaltssatzung erübrigt sich somit. Und deswegen wird hier neu gefasst vorgeschlagen: „Erlass von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Ansprüchen bis zur Höhe von 35.000 €“. Das wird als Aufgabe auf den Magistrat übertragen. Darüber hinaus möchten wir neu fassen den § 4 Abs. 3 „Übertragung von Aufgaben auf den Magistrat“, dort diese Magistratsberichtsspflicht, die vorher so formuliert war, dass man immer unterschiedliche Listen führen musste, jeweils die dritte dem Überweisungsvorschlag folgende Sitzung usw. usf. Wir würden das gerne zusammen, mit dem, was dann später auch in der Geschäftsordnung noch einmal genannt wird, umwandeln in eine allgemeine Berichtspflicht, dass nämlich der Magistrat zweimal im Jahr über sämtliche Dinge, die hier beschlossen wurden, einen Sachstandsbericht abgibt und das auch in schriftlicher Form. Wir möchten das dann somit ein Stück weit vereinheitlichen, sowohl Ihre Aufgabe, als auch die des Magistrates an der Stelle ein Stück weit vereinfachen. Vielen Dank.“

Stv. Hölzel (Vorsitzender des Haupt- und Kulturausschusses):

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. mit diesem Punkt hat sich der Haupt- und Kulturausschuss in der Sitzung am 23.06.2016 befasst. Es gab in diesem Haupt- und Kulturausschuss keine Wortbeiträge oder Diskussionen, die von Relevanz wären und in meinem Bericht erwähnt werden müssten. Der Beschlussvorschlag: „Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, der 2. Änderung der Hauptsatzung der Kreisstadt Eschwege zuzustimmen“, erfolgte durch die vollzählig anwesenden stimmberechtigten Mitglieder einstimmig.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der 2. Änderung der Hauptsatzung der Kreisstadt Eschwege (01_11_01) zu.

Einstimmig beschlossen.

**3. 6. SATZUNG ZUR ÄNDERUNG DER SATZUNG ÜBER DIE ENTSCHÄDIGUNG FÜR
EHRENAMTLICHE TÄTIGKEIT
HIER: STADTTEIL ALBUNGEN**

- 1 -

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, in der konstituierenden Sitzung des Ortsbeirates Albungen wurde Herr Ortsvorsteher Hofmann auf eigenen Wunsch nicht zum Außenstellenleiter empfohlen und man hatte sich dort auf eine Arbeitsteilung entsprechend verständigt. Daraufhin wurde mit der Verwaltung noch einmal die Rechtslage erörtert, da die HGO die Bündelung von einem Ortsvorsteherposten mit dem des Außenstellenleiters zwingend vorsieht, so dass dann in einer darauffolgenden Sitzung der Ortsbeirat Albungen beschlossen hat, die Aufgaben der Außenstelle intern zu verteilen. Daraus ergab sich dann eine Aufgabenteilung zwischen Herrn Ortsvorsteher Hofmann sowie einem weiteren Ortsbeiratsmitglied. Demnach wird der Ortsbeirat zukünftig eine Sprechstunde für die Bürger und Bürgerinnen des Stadtteils einrichten, um diesen Gehör zu schenken. Die Außenstelle Albungen im formalen Sinne wird jedoch geschlossen. Das heißt, hoheitliche Tätigkeiten können dort dann nicht mehr ausgeführt werden. Damit haben wir jetzt einen neuen Sachverhalt und hinsichtlich der Entschädigungsleistungen für das Ortsbeiratsmitglied, welches das Stadtteilbüro besetzt, sollte hier analog Oberhone verfahren. Sie wissen, dort haben wir ja auch einen Stadtteilbeirat, keinen Ortsbeirat. Und deswegen möchten wir die Entschädigungssatzung dahingehend ändern. Das betrifft hier insbesondere den § 5b, den wir so, wie er hier dargestellt ist, dann gerne aufnehmen möchten. Vielen Dank.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit der Kreisstadt Eschwege (01_11_02) in der vorliegenden Fassung zu.

Einstimmig beschlossen.

- 4. A) ÄNDERUNG DER GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DIE
STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG UND DIE AUSSCHÜSSE DER
KREISSTADT ESCHWEGE**
**B) AUFHEBUNG ANTRAG DER SPD-FRAKTION/ BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN VOM
04.06.2012, WEITERBEARBEITUNG VON IM GESCHÄFTSGANG
BEFINDLICHEN ANTRÄGEN**

- 1 -

Stv.-V. Hamp:

„Sie werden in der Vorlage noch gelesen haben, Berichterstatter ist der Bürgermeister. Das ist er, bei allem Respekt, nicht, weil das eine Sache der Stadtverordneten ist und deswegen wird der Vorsitzende des betreffenden Ausschusses hier berichten von den Beratungen, die im Ausschuss stattgefunden haben. Bitteschön, Herr Hölzel.“

Stv. Hölzel (Vorsitzender des Haupt- und Kulturausschusses):

„Bleibt es bei der Drei-Stunden-Regelung?“

Stv.-V. Hamp:

„Wenn wir nicht anders beschließen, ja.“

Stv. Hölzel:

„Scherz beiseite, meine Damen und Herren, ich bin etwas überrascht worden, dass nicht der Bürgermeister, sondern ich die Beschlussvorlage Ihnen näherbringen soll. Ich bin mir aber sicher, dass Sie die Vorlage, die Ihnen allen zugegangen ist, die umfangreiche Vorlage studiert haben in Ihren Fraktionen, beraten haben.

Es ist eine Vorlage zur Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung, wie sie in der Regel zu Beginn einer Legislatur gerne gemacht wird, dass man Optimierungen, die die Hessische Gemeindeordnung ermöglicht, auch dann in der Geschäftsordnung der Gremien bzw. der Städte und Gemeinden umsetzt. Insofern gibt es hier Mustersatzungen. Es gibt Empfehlungen vom Hessischen Städte- und Gemeindebund. Man hat nun eben hier von Seiten der Verwaltung geguckt, was kann bei uns optimiert werden.

Sie sehen jetzt zu dem Punkt 1 „Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung“, dass wir unter Punkt 1 die bisherige Präambel „Aufgrund der §§ 60 Abs.“ usw. anpassen, ich möchte ungerne das alles vorlesen, was bisher war und was neu ist. Begründung: „Anpassung der Präambel an die aktuellen rechtlichen Vorschriften“.

Zu Punkt 2 § 9 sehen Sie auf der Seite 2 dieser Beschlussvorlage, wie es bisher geregelt war und wie es neu dann stehen soll. „Die oder der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung beruft die Stadtverordneten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung so oft es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens sechsmal im Jahr einmal ein.“ Die Begründung haben Sie gelesen. So geht es immer weiter.

Bis hin eben dann zu dem § 29, der sicherlich hier heute dann auch genauso kontrovers diskutiert werden wird, so vermute ich mal, wie aus dem Ausschuss, aus dem ich gleich noch einmal berichten werde separat.

§ 30 haben wir auch wieder an die Empfehlung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes angepasst. Bisher und neu. „Sind Anträge an die Ausschüsse verwiesen, so bereiten diese für ihr Aufgabengebiet die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vor“ usw. Die Begründung: „Anpassung der Vorschrift an die aktuelle Mustersatzung des HSG.“

Bei Punkt 8 hatten wir bisher: „Die Berichtsfrist endet mit dem Abschlussbericht.“ Und neu heißt, wir streichen den Passus.

In Punkt 9 haben Sie § 41a „Statteilbeirat wird eingefügt“. Sie wissen, dass wir ja nun mit dem Fall Oberhone unsere Satzung entsprechend ändern sollten. Das haben wir hier in dem 41a getan.

Zu dem Punkt 10 § 44 „Inkrafttreten“ wird angepasst neu: „Diese Geschäftsordnung tritt am Tage nach der Beschlussfassung in Kraft. Zugleich tritt die Geschäftsordnung vom 13.02.2014 außer Kraft.“, vorausgesetzt, dass heute es zu einer Entscheidung kommen würde.

Unter Punkt 2 sehen Sie dann auf Seite 7, dass es einen Antrag der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen vom 04.06.2012, der in der Stadtverordnetenversammlung vom 14.06.2012 beschlossen wurde, gegeben hat, der sagte, dass der Magistrat beauftragt wird, eine Liste von allen im Geschäftsgang befindlichen Anträgen zu erstellen und deren Weiterbearbeitung voranzutreiben. Sie haben gelesen, dass das im § 11 Abs. 2 dahingehend geändert wird, dass eben in der Geschäftsordnung vorgesehen ist, dass über im Geschäftsgang befindliche Anträge zweimal jährlich eine Übersicht mit Informationen zum jeweiligen Sachstand vorzulegen ist.

Das ist eine, sage ich mal, für eine neue Legislatur, in der wir uns jetzt hier befinden, Optimierung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung, so wie es einerseits die Mustersatzung vorsieht und andererseits eben die Hessische Gemeindeordnung regelt und ermöglicht.

Meine Damen und Herren, zu dem Tagesordnungspunkt 4, in dem wir uns befinden, befasste sich der Haupt- und Kulturausschuss zunächst mit dem Punkt 1 dieser Ihnen vorliegenden Beschlussvorlage: „Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege.“

Für den § 9 wurde eine Änderung vorgeschlagen, dass nicht wie bisher mindestens alle zwei Monate eine Versammlung stattfinden muss, sondern neu, diese mindestens sechsmal im Jahr zu tagen hat. Im Ausschuss wurde der Sinn mit dem Beispiel der Sommerpause erläutert und die Änderung fand mit Vereinfachung Verständnis. Der Einwand eines Ausschussmitgliedes, doch bitte keine Obergrenzen einführen zu wollen, konnte begegnet werden, dass durch die Neuregelung keine Obergrenze festgelegt werden würde. Der Stadtverordnetenvorsteher Herr Hamp ergänzte, dass die Fraktionen sich in einer interfraktionellen Runde bereits 2015 auf zehn Sitzungen für 2016, also für dieses Jahr, verständigt hätten. Die Änderung in § 9 fand dann Konsens im Ausschuss.

In § 11 wurde die Hinzufügung des Abs. 7 verwaltungsseitig vorgeschlagen. Dieser besagt, dass über im Geschäftsgang befindliche Anträge zweimal jährlich eine Übersicht mit jeweiligem Sachstand vorzulegen ist. Herr Bürgermeister Heppe bestätigte auf Nachfrage eines Ausschussanwesenden, dass die jeweiligen Berichte selbstverständlich in schriftlicher Form vorgesehen sind und zweimal jährlich eine Vorlage für die Gremien erstellt werden soll. Auch hierzu wurde von allen Ausschussmitgliedern Konsens signalisiert.

Der § 16 unserer Geschäftsordnung mit dem Änderungsvorschlag dahingehend, dass auch weitere Personenkreise am Schluss der Stadtverordnetenversammlung Anregungen geben dürfen, war auch unstrittig. Kollege Gassmann von der Partei Die Linke übergab zwischendurch den Ihnen allen heute vorliegenden Antrag seiner Partei an den Stadtverordnetenvorsteher Hamp. Da es sich um einen Antrag für die Stadtverordnetenversammlung handelte, wurde auch darüber in dem Ausschuss nicht weiter debattiert, gleichwohl wurde der Antrag aber zur Kenntnis genommen.

Die Änderung des § 25 Abs. 2 an geltende rechtliche Normen blieb ohne Fragen oder weitere Wortbeiträge aus dem Ausschuss.

Und nun, meine Damen und Herren, zum § 29. Die Mitglieder des Haupt- und Kulturausschusses haben insbesondere diesen Paragraphen und die Änderungsvorschläge für die Geschäftsordnung kontrovers diskutiert. Es wurde die Praktikabilität sowie der Ressourcenverbrauch in Absatz 1 für die Erstellung eines Wortprotokolls angeführt. Sie gestatten ganz kurz eine Bemerkung, weil ich eben hier das erste Mal den Namen Wortprotokoll genannt habe. Die Verwaltung hat mir nochmal ein Signal gegeben, dass wir erst seit dem Jahre 2014 in der Geschäftsordnung auch den Namen Wortprotokoll in den Protokollen führen. Vorher war es immer gemäß der HGO-Mustersatzung geregelt, dass es sich nur um ein Protokoll handeln muss. Das nur als kleine Information für Sie. In Absatz 1 für die Erstellung eines Wortprotokolls wird angeführt: „Auch die damit verbundene Bindung von Personal wurde diskutiert. Die Ausschussanwesenden wurden informiert, dass für drei Stunden Redebeitrag ca. die vierfache Zeit benötigt wird, um das Protokoll zu erstellen. Da derzeit viele Projekte vorbereitet werden, könnte das Personal ohne ein Wortprotokoll erstellen zu müssen, effizienter und zielgerichteter eingesetzt werden.“ In diesem Zusammenhang wurde die Frage gestellt, wie hoch die Besucherzahl, das heißt also die Klickrate, für die Wortprotokolle auf unserer Homepage der Kreisstadt Eschwege war. Verwaltungsseitig wurde ausgeführt, dass im Jahre 2014 89 Klicks, im Jahr 2015 60 Klicks und im Jahr 2016 126 Klicks, also Besucher, auf unserer Homepage, die das Protokoll der Stadtverordnetenversammlung aufgerufen haben, zu verzeichnen waren. Die Handhabung der Niederschrift des Kreistages des Werra-Meißner-Kreises als Beispiel für ein Protokoll, welches auf den wesentlichen Inhalt beschränkt ist, wurde angeführt. Auch die führen im Kreistag ein Protokoll, was sich nicht darauf beschränkt, nur das Thema und das Abstimmungsergebnis zu protokollieren, sondern es ist ein Protokoll, wo die Redner aufgeführt werden und wo auch das Gesprochene, das Thema und die Richtung und einige Sätze des Redners sich wiederfinden. Das ist angesprochen worden im Ausschuss. Weiterhin wurde zu bedenken gegeben, wie oft das Wortprotokoll bei uns zum Einsatz kam, um ein Umdenken auszulösen oder gar ein Umdenken ausgelöst hatte. Hierzu lägen keine Erkenntnisse vor. Für andere Ausschussmitglieder hat sich das Wortprotokoll bewährt. Ein Ausschussmitglied führt an, dass die Verwaltung der Kreisstadt Eschwege jedes Jahr erneut versuche, das Wortprotokoll abschaffen zu

wollen. Dabei entscheide die Stadtverordnetenversammlung eigenständig über ihre Niederschrift. Das ist richtig. Das tun wir heute. Weiterhin wurde der Nutzen, Wortbeiträge nachzulesen, die Sitzung den Bürgern und Bürgerinnen erlebbar zu machen sowie die aus der Transparenz des Wortprotokolls entstehende politische Kultur und Wertschätzung des Redners höher anzusiedeln, als die Einsparung von Haushaltsmitteln, angeführt. Auch, dass das Wortprotokoll eine Selbstabsicherung für jeden einzelnen Stadtverordneten sein soll, seine Worte im öffentlichen Raum nicht entgleisen zu lassen, war angeführt worden. Von anderer Seite wurde daraufhin allerdings sogleich entgegnet, dass bei den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung nicht der Eindruck erweckt wird, dass ein Mandatsträger von der Tonbandaufnahme abgehalten werde, sich umfassend zu äußern. Ein in beratender Funktion anwesender Stadtverordneter bedauerte die geplante Abschaffung des Wortprotokolls, da auch er einen hohen Nutzen desselben erkennt und bereits oft das Protokoll zu Hilfe genommen hat.

In Absatz 4 wurde „innerhalb“ von durch „spätestens“ ersetzt, um so auch vorherige Einwände zu ermöglichen.

Die in die ursprüngliche Version der Geschäftsordnung aufgenommene Dauer der Aufbewahrung der Niederschriften für eine Legislaturperiode in Absatz 5 wurde geändert. Ein Ausschussmitglied führte das Bewahren von Stadtgeschichte an. Ohne Archivierung auf unbestimmte Zeit eines sogenannten Tonprotokolls sei es nicht möglich, die politische Geschichte der Kreisstadt Eschwege zu bewahren und für die Nachwelt zur Verfügung zu stellen. Dieser Begründung schlossen sich weitere Ausschussmitglieder an, was zur Folge hatte, dass die Aufbewahrung der Audio-Mitschnitte nun dauerhaft erfolgen soll, um so die Aufbewahrung im Archiv der Kreisstadt Eschwege zu gewährleisten. Hierzu wurde ebenfalls die Passage in Absatz 5 über die Übergabe an das Stadtarchiv eingefügt.

Der § 29 mit der geplanten Änderung blieb unter den Ausschussmitgliedern strittig und somit ohne Konsens.

Ich führe weiter mit dem § 30 aus. Die Änderung dieses § mit Absatz 1 und Absatz 2 blieb ohne Fragen oder weitere Wortbeiträge aus dem Ausschuss.

Gleiches, meine Damen und Herren, mit Folgenden, nämlich dem § 41a und dem § 44. Die Änderung blieb ohne Fragen und ohne weitere Wortbeiträge.

Sodann kam es zur Abstimmung, zu folgendem Beschlussvorschlag:

Der Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege (01_10_01) wird in der im Haupt- und Kulturausschuss beratenen Form zugestimmt.

Das Abstimmungsergebnis: So beschlossen, mit 4 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Das zu dem Beschlussvorschlag 4, Punkt 1.

Und dann ging es noch um die Aufhebung des Antrags der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen: „Weiterbearbeitung von im Geschäftsgang befindlichen Anträgen.“ Da hatten Sie eben von mir die Ausführungen schon bekommen. Sie erinnern sich. Ich hatte Ihnen gesagt, dass wir da einen § 11 Abs. 7 in der Geschäftsordnung dann vorsehen, dass zu im Geschäftsgang befindlichen Anträgen zweimal jährlich eine Übersicht mit Informationen zum jeweiligen Sachstand vorzulegen ist und damit wäre also der Antrag der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen vom 04.06.2012, der in der Sitzung vom 14.06.2012 beschlossen wurde, in der, sage ich mal, Änderung der Geschäftsordnung mit übernommen worden.

Meine Damen und Herren, das war der Bericht des Haupt- und Kulturausschusses. Danke Ihnen.“

Stv. Knapp-Lohkemper:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, gemäß § 60 der Hessischen Gemeindeordnung HGO regelt die Stadtverordnetenversammlung ihre inneren Angelegenheiten, wie die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Form der Ladung, die Sitzung und Abstimmungsordnung durch eine Geschäftsordnung. Die neu gewählte Vertretungskörperschaft muss darüber entscheiden, ob sie die

bestehende Geschäftsordnung unverändert übernimmt oder sie ändern will. In der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. April diesen Jahres beschlossen die Stadtverordneten, die bestehende Geschäftsordnung zunächst zu übernehmen, sie aber gleichzeitig an den Hauptausschuss zur Änderung zu überweisen.

Die Geschäftsordnung wurde dort anhand der aktuellen Mustersatzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes sowie des Hessischen Städtetages überarbeitet. Mit der vorliegenden Änderung der Geschäftsordnung wird diese an die Gesetzesänderungen der HGO sowie an die Muster-Geschäftsordnung bzw. Musterformulierung der kommunalen Spitzenverbände angepasst. Durch die Änderung tragen wir darüber hinaus dem neu eingerichteten Stadtteilbeirat Oberhonne Rechnung und treffen dadurch die notwendigen Regelungen, damit der Beirat zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger arbeiten kann. Durch das neu aufgenommene Anregungsrecht für die Vorsitzenden der Ortsbeiräte, des Stadtteilbeirates sowie des Ausländerbeirates geben wir unseren Stadtteilen, aber auch unseren ausländischen Mitbürgern über ihre gewählten Vertreter die Möglichkeit, sich in der Stadtverordnetenversammlung bezüglich ihrer eigenen Angelegenheiten zu äußern. Und dies völlig zu Recht. Die Ortsvorsteher und der Vorsitzende des Ausländerbeirates sind ohnehin immer anwesend. Sie verfügen auf ihren Gebieten über besondere Detailkenntnisse und Hintergrundwissen. Davon können wir hier in der Stadtverordnetenversammlung profitieren.

Letztlich soll auch das Protokoll reformiert werden. Wie es in fast allen hessischen Städten und Gemeinden üblich ist, wollen wir das bisherige Wortprotokoll in ein Ergebnisprotokoll umstellen. Dies zieht nicht den Untergang des Abendlandes nach sich und auch nicht den Zerfall der Demokratie. Wir verfahren dann nur so, wie es in unseren Ausschüssen, übrigens auch im Magistrat, geübte Praxis ist. Und auch der Kreistag des Werra-Meißner-Kreises verfährt so und dies ohne Probleme und jeglichen Protest. Im Übrigen besteht immer die Möglichkeit, das gesprochene Wort im Live-Mitschnitt im Original nachzuhören. Der Mitschnitt wird während der Legislaturperiode in der Verwaltung zur Verfügung stehen und danach im städtischen Archiv der Nachwelt erhalten bleiben. Wir sind der Meinung, dass der Aufwand der Erstellung eines Wortprotokolls in keinem Verhältnis zum Nutzen steht. Mit der Einführung des Ergebnisprotokolls entlasten wir die Verwaltung. Die dadurch freiwerdenden Ressourcen können an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden. Die CDU-Fraktion wird den vorgeschlagenen Änderungen in der Geschäftsordnung zustimmen. Dankeschön.“

Stv. Grauer:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich bin, ehrlich gesagt, ein bisschen sprachlos über diese Änderung des § 29. Ich lese auf jeden Fall noch einmal vor, für unsere Gäste, weil die ja diese Tischvorlage nicht haben. Da ging es um das Wortprotokoll, und im Absatz 6 geht es darum, ich lese vor: „Zur Information der Bevölkerung wird der wesentliche Inhalt der Niederschrift in geeigneter Weise veröffentlicht.“ Wenn Sie sich irgendwelche Gesetzestexte angucken, können Sie sehen, dass überall en détails alles wortwörtlich, damit man ja nichts reininterpretieren kann, aufgeschrieben ist. Jetzt ist mein Problem, was ist denn ein wesentlicher Inhalt?“

Herr Schneider macht eine Bemerkung vom Platz.

Stv. Grauer:

„Richtig. Das legt der Protokollführer fest, was der wesentliche Inhalt ist.“

Stv.-V. Hamp:

„Auch von der Seite keine Hilfestellung. Lassen Sie Frau Grauer in Ruhe reden.“

Stv. Grauer:

„Ich möchte niemandem etwas unterstellen, aber wesentlicher Inhalt, das kann man auch sehr bunt auslegen. Und das ist mein Problem. Ich bin sehr dankbar, dass meine Vorredner erwähnt haben, dass die anderen städtischen Gemeinden und Kreistage das alles so handhaben. Und das ist nämlich mein Problem. Ich bin nämlich der Meinung, dass das kompletter Unfug ist. Sie sehen es. Wir haben eine Wahlbeteiligung von 46 %. Die CDU hatte bei der letzten Bundestagswahl 47 %, in den neuesten Umfragewerten 35 %. Das sind über 10 %, die sie verloren haben. Die Leute haben keinen Bock mehr auf uns. Nicht mal jeder Zweite hat es geschafft, am Sonntag von der Couch aufzustehen und seine Meinung hier zu äußern. Und jetzt wollen wir es uns als nächsten Schritt antun, es noch intransparenter zu machen. Die Leute wollen uns nicht mehr hier stehen sehen. Und auch, wenn es sich nur ‚in Anführungsstrichen, ‚126‘ Leute angucken, es sind 126 Leute, die sich das angucken, und sich aufregen würden, wie intransparent wir doch geworden sind. Das darf, meiner Meinung nach, nicht sein und ich finde diese Kausalkette, die Sie hier anführen wollen, einfach nur komplett abstrus. Ich finde, es ist wichtig, dass man in Protokollen nachlesen kann, wer was gesagt hat. Das ist ein ganz, ganz wichtiges Mittel von einer politischen Debatte. Das kann es doch nicht sein. Wenn irgendwer irgendwem etwas an den Kopf wirft, kann man dann ins Protokoll schauen und sagen, nein, das habe ich nie so gesagt, oder der Bürger kann seine Meinung bilden und sich überzeugen. Okay, diese Partei wähle ich jetzt, weil die meine Meinung so vertreten hat. Letzten Endes ist der Bürger unsere wichtigste und letzte Kontrollinstanz und das wäre ihm dann nicht mehr möglich, uns zu kontrollieren, wenn wir dieses Wortprotokoll abschaffen würden. Ich bin der Meinung, dass es einfach vollkommen unnötig ist, das wir überhaupt über so etwas diskutieren, nur weil andere Städte es machen. Wir springen jetzt doch auch nicht alle von einer Brücke, weil andere Städte das auch machen. Das habe ich in meiner Kindheit auch immer gesagt gekriegt und das müssen wir jetzt nicht hier im politischen Rahmen ausführen. Ich kann auch gut verstehen, dass die Verwaltung einen Mehraufwand hat, aber ich bin der Meinung, dass, wenn überhaupt irgendetwas einen Mehraufwand wert ist, dann diese Sache, weil das meiner Meinung nach, sehr, sehr wichtig ist. Gerade in Richtung Koalition appelliere ich jetzt. In Ihrem Koalitionsvertrag hatten Sie geschrieben, Sie möchten eine transparente und bürgernahe Politik, dass Sie da das wenigstens noch einmal überdenken und sich durch den Kopf gehen lassen, ob dies wirklich bürgernah und transparent ist. Ich bin der Meinung, dies ist es nicht.

Ich hätte einen Änderungsantrag und würde vorschlagen, da alle anderen Punkten dieser Satzungsänderung in Ordnung sind, dass wir über diese abstimmen und diesen § 29 erst einmal rausnehmen und heute darüber diskutieren und dann ein anderes Mal noch einmal darüber sprechen. Vielen Dank.“

Stv.-V. Hamp:

„Frau Stadtverordnete Grauer, ich habe Ihren Antrag zur Kenntnis genommen. Herr Jatho, im Protokoll? Dann lasse ich über diesen Antrag jetzt abstimmen.“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Bgm. Heppe vom Platz:

„Erst zu Ende debattieren lassen.“

Stv.-V. Hamp:

„Richtig. Ich habe ja noch zwei Wortmeldungen. Entschuldigung. Herr Heinz und Herr Lister.“

Stv. Heinz:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, routinemäßig wird die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zu Beginn jeder neuen Legislaturperiode aktualisiert, an die neuen Gegebenheiten angepasst. Das haben wir gehört. Das ist auch richtig so.

Nahezu ebenso routinemäßig wird bei dieser Gelegenheit versucht, das bisher bei Stadtverordnetenversammlungen erstellte Wortprotokoll in Frage zu stellen. Das konnte in der Vergangenheit durch entsprechende parlamentarische Mehrheiten verhindert werden. Jetzt aber wollen die neuen Mehrheitsfraktionen von CDU, FWG und FDP dieses Vorhaben der Verwaltung erstmalig durchwinken. Das war jedenfalls die Situation in der vorbereitenden Haupt- und Kulturausschusssitzung vor drei Wochen. Käme das so und würde der § 29 der Geschäftsordnung an die Mustersatzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes angepasst, dann würde das bisherige Wortprotokoll von den Sitzungen ersetzt durch eine sogenannte Niederschrift, die nur noch, und das ist eben ja schon einmal von meiner Vorrednerin zitiert worden, den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen festhält. Und was als wesentlicher Inhalt gilt, das ist dann im Anschluss definiert als Tagesordnung, Anwesende, Beschlüsse und die Namen, der an der Diskussion Beteiligten. Mehr Informationen wird das Werk, das dann ja auch nicht mehr Protokoll heißt, sondern nur noch Niederschrift, nicht mehr bereitstellen, und das halten wir für falsch. Es ist übrigens so, dass es immer auch noch eine ganze Reihe von hessischen Kommunen gibt, die das Wortprotokoll anbieten und übernehmen. Es gibt vor allen Dingen in Nordrhein-Westfalen ganz, ganz viele Kommunen, die das noch so machen.

Die SPD beantragt daher, ähnlich wie die Grünen, die geplanten Änderungen im § 29 der Geschäftsordnung zu streichen. Da brauchen wir gar nicht noch einmal in den Ausschuss damit. Da wird sich, denke ich mal, unsere Meinung auch nicht ändern. Ansonsten könnte man dann der veränderten Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung zustimmen. Anderenfalls, wenn das hier gekoppelt wird, können wir der geänderten Geschäftsordnung unsere Zustimmung so nicht erteilen.

Ich will das kurz begründen. Die Abschaffung des Wortprotokolls setzt den Status und die Wertschätzung der demokratisch gewählten Stadtverordnetenversammlung herab und erschwert die Arbeit der gewählten Mandatsträger und Mandatsträgerinnen in der Wahrnehmung ihrer Pflichten gegenüber der Stadt und ihren Menschen. Ein Wortprotokoll ist ein wesentlicher und tragender Teil der demokratischen und politischen Kultur. Das Wort und das Argument, das sind die Instrumente der politischen Auseinandersetzungen in der Demokratie. Wenn das nicht mehr gewürdigt wird, wenn nur noch rechnerisch Mehrheiten exekutiert werden, ohne dass man die Argumente nachvollziehen kann, dann reduziert man die Parlamente auf reine Abstimmungsmaschinen. Dass seine Äußerungen in öffentlichen Debatten jederzeit nachprüfbar sind, verpflichtet den Redner zu Sorgfalt, zu Wahrhaftigkeit, zu Fairness und Mäßigung in der politischen Auseinandersetzung. Ein Wortprotokoll verdeutlicht die Argumentation, die Entscheidungen zu Grunde liegt, und macht sie möglicherweise nachvollziehbar und plausibel und führt damit zu größerer Akzeptanz von Entscheidungen, auch in der Bevölkerung. Der Bürger kann sich über die Standpunkte der Fraktionen und der einzelnen Stadtverordneten informieren. Wir haben gehört, 126 Klicks im Jahre 2016. Das Jahr 2016 ist noch nicht vorbei. Ich nehme mal an, dass wir in diesem Jahr doch so viele Ansteuerungen dieser Protokolle hatten, hängt möglicherweise auch zusammen mit den Kommunalwahlen in diesem Jahr, dass sich hier vielleicht doch der eine oder andere Bürger mal informiert hat, wie steht denn der einzelne Abgeordnete zu welchen politischen Positionen. So sind die Bürgerinnen und Bürger eben auch in der Lage, ohne Besuche der Sitzungen sich zu informieren. Sie können bei Wahlen fundierte Entscheidungen treffen und gerade beim Wahlrecht des Kumulierens und Panaschierens ist es ja eigentlich unerlässlich, auch die Position des einzelnen Stadtverordneten kennenzulernen oder eben auch kennenzulernen, dass es Stadtverordnete gibt, die sich nicht äußern.

Für die Aufzeichnung der Stadtgeschichte, das haben wir eben schon gehört, sind Wortprotokolle unverzichtbar. Wie ließe sich sonst die historische Entwicklung der Stadt und die ihr zu Grunde liegenden Beweggründe in späteren Zeiten fundiert und präzise nachvollziehen. Und es reicht aus unserer Sicht auch nicht, eine Audiodatei dafür dann im Stadtarchiv zu hinterlegen.

Wenn ein Stadtverordneter, und ich mache das das eine oder andere Mal, das letzte Mal, als wir hier diskutiert haben über die Umwandlung der Stelle des Ersten Stadtrates in eine ehrenamtliche, mal nachgucken möchte, wie sich denn die Argumentation von gewissen Fraktionen im Laufe der Jahre verändert hat, dann finde ich das nicht mehr online oder in meinen Akten in Schriftform, da muss ich

ins Stadtarchiv gehen und da muss ich diese Audiodateien mühsam durchsuchen und verliere sehr viel Zeit. Und hier wird die Schwelle für die politische Arbeit und die Wahrnehmung unseres Mandates so hoch gesetzt und mit solchen Schwierigkeiten verknüpft, dass ein sinnvolles Arbeiten deutlich erschwert wird. Die Abschaffung des Wortprotokolls kommt deshalb einer Entwertung der demokratischen Institution Parlamentarismus und Volkssouveränität gleich und hier zuzustimmen, bedeutet durchaus eine starke Entwertung des Parlamentes. Das Argument, es ließen sich Kosten einsparen und personelle Ressourcen effektiver einsetzen, zieht nicht. Die Stadtverordnetenversammlung tagt sechs- bis achtmal im Jahr. Ein Protokoll ist in wenigen Stunden erstellt. Außerdem bin ich der Meinung, dass sich die parlamentarisch demokratische Dienstleistung, die damit verknüpft ist, grundsätzlich jedem Kosten-/Nutzenkalkül entzieht. Wir sind und wollen nicht auf den Weg zu dem, was die Kanzlerin mal die marktkonforme Demokratie genannt hat. Unsere Vorstellung von Demokratie ist eine andere. Dankeschön.“

Stv. Lister:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Gäste, liebe Frau Grauer, Sie glauben doch nicht, dass ein Protokoll die Akzeptanz unserer Arbeit aufwerten wird. Wir sehen das tagtäglich hier, wenn wir Sitzungen haben, da sehen wir immer die gleichen Gesichter. Die Bürger haben kein Interesse an der Politik. Das liegt auch an uns sicherlich, aber auch an der Politikverdrossenheit, die wir nicht zu vertreten haben. Und das ein Protokoll diese Sache letztendlich rausreißen wird, das halte ich für sehr gewagt, diese These, auch die Reglementierung und das Zurückhalten. Ich kann mich an meine erste Stadtverordnetenzeit erinnern, da ist es sehr wohl auch persönlich geworden und ich glaube, dieses Wortprotokoll lässt den ein oder anderen auch nicht unbedingt sich zurückhalten, um da keine Persönlichkeiten auszutauschen. Ich finde es eigentlich schon sehr gewagt, Herr Heinz und auch Frau Grauer, anderen Städten das Parlament abzusprechen bzw. das demokratische Verhalten, dass die ein anderes Verfahren wagen. Wenn ich mir das Protokoll oder die Niederschrift, ich will mich jetzt auch korrekt ausdrücken, wenn ich mir die Niederschrift der konstituierenden Sitzung der Kreisstadt Bad Hersfeld anschau, das ist ein Ergebnisprotokoll. Das ist ca. ein Zehntel dessen, was wir haben. Ich kann Ihnen auch sagen, die 126 Klicks, dafür zeichne ich mit Sicherheit für 10 Klicks verantwortlich, weil ich nachgeschaut habe. Ja, es ist sehr schön für uns Parlamentarier, dem politischen Gegner vor Augen zu führen, was er mal gesagt hat aus einer Situation heraus. Nur das Wort und die Emotionen, die vorhergehen, die kommen durch das geschriebene Wort in keinsten Weise rüber. Und ich bin dankbar für jeden Zuschauer, der kommt. Wir haben gesehen, bei der konstituierenden Sitzung waren wesentlich mehr Besucher da, als bei einer normalen Tagesordnung. Es ist die Frage, wie wir uns präsentieren. Und wir hatten bei dem Tagesordnungspunkt 1 ja auch steuerungsrelevante Produkte genannt. Wir versuchen dort, an Schrauben zu drehen. Und wenn die Verwaltung sagt, dass sie 12 Stunden für das Protokoll oder 10 Stunden braucht, dann muss man das zur Kenntnis nehmen und das ist auch unsere Aufgabe, dieses ernst zu nehmen und auch diese Dinge in einer Form umzusetzen, die akzeptabel ist. Ich denke auch momentan wirklich, dass es sehr, sehr hoch gehängt wird mit dem Wortprotokoll, dass das das elementare an dem Parlamentarismus ist und an der Demokratie. Ich kann für die FDP sagen, dass wir für die Abschaffung des Wortprotokolls stimmen werden. Die Argumente, die gebracht sind, sind zwar sehr nachvollziehbar, das will ich Ihnen gar nicht absprechen, aber ob das das Wesentliche ist, das wage ich zu bezweifeln. Danke.“

Stv. Schneider:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, liebe Kollegen, Frau Grauer, ich will erstmal was richtig stellen. Sie sagten vorhin, wenn Gesetze beschlossen werden, dann werden die Wort für Wort verkündigt. Die Gesetze, die wir beschließen, die heißen Satzungen und natürlich werden die Wort für Wort der Öffentlichkeit bereitgestellt. Früher machten wir das über die Werrarundschau. Dann gab es dann immer teilweise drei Seiten kleingeschriebenen Text. Heute weisen wir auch auf Effizienzgründen, darauf hin, dass man das auf der Homepage nachlesen kann. Also, unsere „Gesetze“, die wir hier beschließen, die werden Wort für Wort veröffentlicht. Was früher, als ich hier angefangen habe, auch nicht veröffentlicht wurde, war das Protokoll. Da gab es dann mal eine Diskus-

sion darüber, ob man das tun sollte. Die wurde auch kontrovers geführt. Jetzt haben wir es veröffentlicht. Über den Erfolg reden wir gleich mal.

Sie haben sich hier groß hingestellt und haben eine Verknüpfung hergestellt zwischen der Lesbarkeit des Protokolls und der Motivation von Menschen, zu Wahlen zu gehen. Ich halte diese These zumindest für gewagt. Wir haben letztendlich vor zwei Wochen in England gesehen, dass Menschen selbst bei einer Dimension, die sie eigentlich sogar erahnen können, wo sie wissen, dass es hier um ihre Zukunft geht, teilweise, Entschuldigung, den Arsch nicht hoch kriegen. Aber dass unsere Wahlergebnisse mit dem Protokoll zu tun haben? Ich möchte das ja glauben, was der Kollege Heinz gesagt hat, dass die Leute das Eschweger Protokoll gelesen haben, und deswegen haben wir 4 % zugewonnen und Sie haben verloren, aber das halte ich für an den Haaren herbeigezogen.

Wir haben vor ein paar Jahren mal einen anderen Ansatz gewählt. Wir haben uns gesagt, lasst uns doch mal versuchen, die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung live ins Internet zu übertragen. Es war damals ein CDU-Antrag. Es wäre die Möglichkeit der Menschen gewesen, sich einfach mal zu den Tagesordnungspunkten, die sie interessieren, direkt rein zu klicken, nicht aus der Konserve, sondern direkt. Das ist übrigens abgelehnt worden von Rot-Grün damals. Ich will das nur mal der Richtigkeit halber sagen.

Und lieber Kollege Heinz, die großen Worten, die Sie gefunden haben, ich muss sagen, ich war ein wenig entsetzt.“

Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Schneider:

„Wir hatten gestern im Landtag einen Ältestenrat, nach zweieinhalb Jahren mal wieder. Da tagt der Ältestenrat und der Rest muss sich dann beschäftigen. Und wir standen in der Lobby und haben darüber gesprochen bei einer Tasse Kaffee, relativ junge Abgeordnete, da habe ich gesagt, ich muss Euch mal etwas fragen. Die sind alle Stadtverordnete auch bzw. Gemeindevertreter. Wie handhabt Ihr das mit dem Protokoll? Habt Ihr irgendwann mal das Wortprotokoll abgeschafft? Um bei der heutigen Sprache zu bleiben, die haben mich angeguckt, wie so eine Runde Pokémons, die haben gesagt, wie, Ihr habt ein Wortprotokoll? Das gab es bei uns noch nie.“

Herr Montag macht eine Bemerkung vom Platz.

Stv. Schneider:

„Nein Charly, da war keiner aus Frankfurt dabei. Das waren vielleicht Gemeinden, die mit unserer auch ein bisschen vergleichbarer sind als Frankfurt. Das waren Menschen, die man mit uns vergleichen kann, und die hatten es auch in keinem Kreistag, oder auch, wenn wir ja selber im Kreistag sind. Ich habe also noch nie erlebt, dass die SPD sowas vorbringt, dass sie sagt, das ist alles undemokratisch, auch von den anderen Fraktionen nicht. Herr Heinz, was Sie hier gesagt haben, ist irgendwo auch ein bisschen ein Popanz.“

Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Schneider:

„Ein Popanz. Ich fand dieses Zitat in der Zeitung heute Morgen ja schon ein bisschen süß, dass die Äußerungen jederzeit nachprüfbar sind, verpflichtet die Redner zu Sorgfalt, Wahrhaftigkeit, Fairness und Mäßigung. Lieber Herr Heinz, ich würde Sie bitten, diesen Satz mal anhand des Protokolls, Sie haben jetzt sechs Wochen Sommerferien, auf Ihre eigenen Redebeiträge zu überprüfen und vielleicht sehen Sie das dann ja genauso wie ich.“

Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv.-V. Hamp:

„Leute, nicht persönlich werden. Zur Sache bleiben, ja.“

Stv. Schneider:

„Ich werde nicht persönlich. Man kann trefflich darüber streiten, ob es etwas bringt, wenn Sie jetzt nach vorne gehen und mir vorwerfen, dass mein Vorgänger im Amte Professor Hammel am 23. Mai 1984 in einer sachlich ähnlichen Geschichte die gegenteilige Position von mir vertreten hat. Das mag man tun. Ich kann mich in meinen 15 Jahren nicht daran erinnern, dass es einmal gelungen ist, durch ein Protokollzitat eine Fraktion umzustimmen. Da pflichten Sie mir bei. Das haben wir bei Ihnen ja nun auch oft genug versucht. Das hat ja nichts gebracht.

Thema Stadtgeschichte. Stadtgeschichte kann man sich zweimal im Jahr in komprimierter Form zum Beispiel in der „Alten Penne“ mal durchlesen.“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Schneider:

„Lasst mich mal ausreden. Da sieht man dann zum Beispiel, wie jemand, der eine gewisse Distanz hat, die Punkte jetzt beachtet und auch die Wichtigkeit. Und auch da gilt dieser Satz, an ihren Ergebnissen sollt ihr sie messen. Und der Herr Sagawe macht es ja nicht anders. Der nimmt ja nun auch nicht das Wortprotokoll und geht auf jede Kleinigkeit ein. Der zieht sich eine Essenz, der zieht die knackigen Punkte bzw. er sagt auch, was wir beschlossen haben. Das ist nämlich übrigens unsere Aufgabe, hier Beschlüsse zu fassen zum Wohle der Stadt. Und der letzte Satz der dann gilt, Parteien, und wir sind hier party in parliament als Fraktion, wirken an der Willensbildung mit, und es ist unsere verdammte Pflicht, das, was wir wollen, auch nach außen zu kommunizieren. Das können wir über die Pressemitteilung machen. In einer kleinen Stadt wie Eschwege geht das wunderbar im persönlichen Gespräch. Sie können das über Facebook, Twitter, Instagram. Das ist mir relativ egal.

Was offensichtlich nicht funktioniert, ist das Kommunizieren über das Protokoll der Homepage. 2014 89 Klicks, 2015 60 Klicks, 2016 126. Ich habe gerade noch einmal nachgeguckt. Die Homepage der CDU Eschwege hat 304 Klicks, seit heute Nacht 00:00 Uhr, nur um das mal ein bisschen in eine Relation zu setzen. Meine Damen und Herren, wir wollen es mal so benennen. Ich möchte jetzt mal nicht wissen, wie viele von denen noch Stadtverordneten sind, die keine Lust hatten ans Regal zu gehen. Die Abrufbarkeit der Protokolle durch die Bürger ist ein Rohrkrepiere. Das muss man sich doch einfach mal eingestehen. Das wird nicht genutzt, und deswegen muss man dann auch mal von dem Pferd absteigen, wenn es tot ist. Meine Damen und Herren, wir möchten als Koalitionsfraktion ein Protokoll haben nach den Vorschriften, nach den Vorgaben der kommunalen Spitzenverbände. Ich sage auch ganz deutlich, was wir niederschrieben haben, ist ein bisschen dürftig. Wir stellen uns das, auch mal in Richtung der Verwaltung, so vor, dass es gehandhabt wird, wie beim Kreistag, dass auch bei wichtigen Punkten die Redner mit vorkommen und sagen, der hat das in die Richtung gesagt, der sprach dagegen. Das kann man sich beim Kreistag einfach mal relativ gut abgucken. Das scheint ja allgemeiner Konsens zu sein, meine Damen und Herren.“

Herr Gassmann macht eine Bemerkung vom Platz.

Stv. Schneider:

„Es steht nicht da drin.“

Stv.-V. Hamp:

„Herr Gassmann, Sie haben noch das Wort. Ich habe Sie doch auf der Liste.“

Stv. Schneider:

„Und wenn es nicht funktioniert, Herr Gassmann, dann schreiben wir es rein. Jetzt halten wir uns erstmal an das, was uns die kommunalen Spitzenverbände, in denen wir Mitglied sind, vorgeben. Und was im ganzen Rest des Landes Hessen funktioniert, meine Damen und Herren, ich gehe die Wette ein, das wird auch in Eschwege funktionieren. Vielen Dank.“

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, also Herr Schneider, wenn Sie den Vorrednern von den Grünen und von der SPD vorhalten, in ihrer Wortwahl und ihrem Auftreten nicht angemessen reagiert zu haben, dann wundere ich mich total. Ich hätte vielmehr Empörung, viel mehr sichtbare Empörung erwartet. Also, ich kann meine Emotionen leider nicht so im Griff halten, wie die Vorredner von den Grünen und der SPD das können, und das möge man mir bitte verzeihen. Ich bin ein emotionaler Mensch und mache auch keinen Hehl aus meinen Emotionen und ich sage Ihnen, dass ich bei diesem Thema sehr emotional bin.“

Herr Schneider, dann haben Sie noch einen Fehler gemacht. Sie haben von Vorgaben der kommunalen Spitzenverbände gesprochen und das ist schlichtweg falsch. Die kommunalen Spitzenverbände haben keine Vorgaben gemacht. Streuen Sie doch den Leuten keinen Sand in die Augen. Die kommunalen Spitzenverbände haben den Kommunen und den Städten und Gemeinden keinerlei Vorgaben gemacht. Die haben auch noch nicht einmal eine Empfehlung abgegeben. Die haben den Städten und Gemeinden eine Mustersatzung an die Hand gegeben, in der das Minimum dessen geregelt ist, was laut HGO zu regeln ist.“

Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Gassmann:

„Nein, nein, nein, Ihr Antrag entspricht nicht dem, was nach der HGO angemessen ist. Ich will die Vorredner nicht wiederholen. Ich will trotzdem nur drei, vier Punkte noch einmal aufführen, die auch für mich ganz wichtig sind. Durch Ihren Antrag geht Transparenz, ganz viel Transparenz verloren. Das entspricht Ihren politischen Absichtserklärungen, aber die stehen ja nur auf dem Papier, was soll's. Mit Ihrem Antrag geht eine Nachprüfbarkeit verloren. Es kann nicht mehr nachgeprüft werden, wie sind denn die Entscheidungen zu Stande gekommen. Wie ist die Meinungsbildung passiert? Das kann nicht mehr nachvollzogen werden. Es ist nicht mehr klar die Verantwortlichkeit herauskristallisierbar. Man kann nicht mehr sagen, wer hat denn jetzt das eine oder wer hat das andere gesagt. Was ganz wesentlich ist, ist, dass das Wortprotokoll veröffentlicht worden ist. Künftig wird der Öffentlichkeit dieser Zugang fehlen. Sicher, 126 Zugriffe in diesem Jahr 2016 sind nicht die Welt, aber überlegen Sie sich mal, wer sich die Mühe macht, das Wortprotokoll der Stadtverordnetenversammlung aufzurufen mit seinen 30 Seiten, oder wie viele es sind, das ist schon beachtlich, dass sich jemand überhaupt diese Mühe macht. Und wenn das 126 Personen waren, die das dieses Jahr schon gemacht haben, finde ich das beachtlich. Außerdem kann man sich Mühe geben und das künftig auch mal steigern. Facebook ist eine gute Gelegenheit, die Leute mal auf diese Wortprotokolle hinzuweisen, und

ich würde mich freuen, wenn ich künftig die Möglichkeit hätte, in Facebook zum Beispiel den Facebook-Teilnehmern mal zu sagen, guckt doch mal auf Seite 15 des Wortprotokolls, Absatz 3, da begann Herr Schneider zu reden. Schaut Euch das doch mal an, das würde ich mir wünschen, dass man das viel öfter machen kann. Und das ist Demokratie. Die gesamte Opposition, die hier im Hause ist, möchte das Wortprotokoll erhalten. Sie stellen sich hin mit Ihrer knappen Mehrheit und sagen, wir haben die Mehrheit, wir entscheiden. Meine Damen und Herren, das ist keine Demokratie.“

-

„Es ist keine Demokratie, wenn Sie Ihre Mehrheit in der Art und Weise missbrauchen, dass Sie einfach über Interessen von Minderheiten hinweg gehen. Es geht hier nicht um eine Sachentscheidung, es geht um eine formelle Sache. Warum stemmen Sie sich so sehr dagegen? Die Haushaltsersparnisse sind lächerlich. Da kann ich Ihnen 20 Gründe nennen, warum das nicht so ist. Ich meine, die Verwaltung muss künftig darauf gefasst sein, dass man in die Tonbandaufnahme hineinhört und dann Wert darauf legt, dass dies oder jenes noch in das Protokoll aufgenommen wird. Ich freue mich auf diese Auseinandersetzungen mit der Verwaltung. Ich glaube nicht, dass es eine Vereinfachung ist. Wenn das Wortprotokoll angehört wird, muss einer von der Verwaltung dabei sein und, das sage ich Ihnen, das ist mehr Aufwand, als wenn man sich ein paar Stunden hinsetzt, und tippt das Protokoll ab. Meine Frau hat sich übrigens bereiterklärt, die Wortprotokolle zu schreiben, für einen ganz kleinen Obolus, hat die sich bereiterklärt. Das ist nämlich nichts. Es ist viel aufwändiger, wenn sie sich hinstellen müssen, und müssen aus einer vierstündigen, dreistündigen Versammlung einen Inhalt herausfiltern. Das ist viel aufwändiger, als wenn sie sich hinstellen mit Kopfhörern und tippen das Wortprotokoll einfach ab, das ist schneller gemacht, als wenn sie einen Extrakt erst bilden müssen.

Außerdem finde ich für mich ganz wichtig, diese Wortprotokolle habe ich auf meinem Computer gespeichert und ich kann Suchbegriffe eingeben. Dann guckt er alle Wortprotokolle der letzten Jahre durch und findet den Suchbegriff. Da bin ich ganz schnell bei dem Punkt, der für mich wichtig ist, und meine Damen und Herren, das gehört zur parlamentarischen Arbeit dazu, gerade für diejenigen, die neu in der Stadtverordnetenversammlung sind, dass sie zu gewissen Themen mal ein Stichwort eingeben. Da war doch vor Jahren mal etwas, dass man dann mal nachgucken kann, was war denn damals gesagt worden. Wie war die Meinungsbildung? Wie war die Argumentation? Und diese Möglichkeit wollen Sie uns als Opposition nehmen? Meine Damen und Herren, das ist Demokratieabbau. Sie verkaufen demokratische Rechte der Stadtverordneten. Das finde ich nicht in Ordnung. Sie treten die Rechte der Stadtverordneten mit Füßen.

Meine Damen und Herren, Herr Lister, die Menschen haben kein Interesse an der Politik. Das stimmt nicht. Es gibt eine gewisse Politikverdrossenheit. Das ist richtig. Aber zu sagen, die Menschen haben kein Interesse an der Politik, das ist nicht richtig. Auch wenn jetzt hier nicht so viele Leute in den Zuschauerreihen sitzen, dann ist das sicherlich verschiedenen Gründen geschuldet, aber zu sagen, die Leute haben kein Interesse an der Politik, oder ein Großteil kein Interesse, das ist nicht richtig. Die Leute haben sehr viel Interesse und je näher wir uns mit unserer Arbeit präsentieren in der Öffentlichkeit, desto mehr wird auch das politische Interesse gefördert und durch Ihren Antrag, das Wortprotokoll abzuschaffen, wird dieses Interesse mit Füßen getreten.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr enttäuscht, wenn dieser Antrag die Mehrheit der Koalition findet. Ich möchte eigentlich mal erwähnen, es wird immer wieder gesagt, es gäbe keine Fraktionsdisziplin. Sie haben jetzt das dritte Mal eine Entscheidung zu fällen, meine Damen und Herren von der Koalition, und wenn die wieder einstimmig ausfällt, dann frage ich mich, dann frage ich jeden einzelnen von Ihnen, wo ist denn hier die Demokratie. Wo ist denn hier Ihre freie Meinungsäußerung? Meine Damen und Herren, überlegen Sie sich, ob das nicht eine erzwungene Disziplin ist, die auch wiederum nicht demokratiefördernd ist.“

Stv. Hölzel:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine lieben Damen und Herren, als erstes, Bernhard Gassmann, hören Sie doch bitte auf, hier immer von nicht demokratisch und nicht legitimiert und was weiß ich zu

reden. Das ist nicht schön. Sie wissen genau, dass wir in einer Demokratie leben und dass wir demokratisch handeln müssen und dieses auch beherzigen und auch demokratisch handeln und es festgelegt ist, dass wie eben verfahren wird, wenn die Mehrheit so beschließt. Und das ist Demokratie. Demokratie kann nicht sein, wenn es nach Ihrem Willen geht und nur nach Ihrem Willen. Das kann nicht die Demokratie sein, die wir meinen. Die Demokratie, die Sie meinen, die Sie hier durchsetzen wollen, die hat es in der Ex-DDR gegeben. Das muss ich sagen.“

Stv.-V. Hamp:

„Langsam, langsam, langsam.“

Stv. Hölzel:

„Und ich muss wirklich sagen, dass ich diese Demokratie nicht haben möchte. Ich möchte nicht die Demokratie haben, wo eine Minderheit der Mehrheit sagen kann, wo es langgeht. Das kann nicht sein.“

Aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung:

„Das nennt sich Opposition.“

Stv. Hölzel:

„So? Das ist nicht demokratisch, wenn eine Minderheit der Mehrheit vorwirft, was sie zu tun und zu lassen hat, dass es nicht demokratisch sei. Das kann es nicht sein. Das war in der Ex-DDR so. Entschuldigung. Ich lasse mir dieses Beispiel auch nicht nehmen. Es war so.“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Hölzel:

„Nein, es muss auch nicht in einem Wortprotokoll sein.“

„Meine Damen und Herren, wir haben festgestellt, dass es in anderen Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland, in anderen Kommunen im Land Hessen, in anderen Städten, in Landkreisen alles andere als Wortprotokolle gibt. In diesen Kreisen, in diesen Kommunen, in diesen Städten ist es genauso demokratisch wie in den Kommunen, wo Wortprotokolle geschrieben werden. Meine Damen und Herren, es wurde hier öfter schon angesprochen, ich hatte als Ausschussvorsitzender eben auch schon das Protokoll, die Niederschrift des Kreistages angesprochen. Ich habe die Niederschrift des Kreistages hier. Und in dieser Niederschrift des Kreistages sind sehr wohl die Themen der jeweiligen Redner mit drin, die Äußerungen und der Widerspruch der anderen Kollegen und man kann sich sehr wohl, auch ohne jedes Wort, was gesprochen wurde, aufs Papier zu bringen, vorstellen, was der jeweilige Redner ausdrücken wollte.

Ich gestatte mir jetzt einfach mal, Ihnen aus dem Protokoll, aus der Niederschrift des Kreistages zu sagen, was hier in dieser Niederschrift, die kritisiert wird, rauszulesen ist.“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Hölzel:

„Da steht zum Beispiel in einer öffentlichen Sitzung im Kreistag des Werra-Meißner-Kreises: „Der Kreistagsabgeordnete Gassmann, Die Linke, freut sich über den großen Umfang der Investitionen, die nun möglich werden. Er kritisiert jedoch die Art und Weise, wie der Beschluss zu Stande kommt. Er bemängelt, dass der beträchtliche Maßnahmenkatalog unter großem Zeitdruck beraten werden musste. Er fühlt sich nicht ausreichend informiert, bemängelt Bundesprogramm, Aufschlüsselung förderfähiger Maßnahmen fehlen. Er ist erstaunt, dass an vielen Schulen neue gasbetriebene Heizungsanlagen installiert werden sollen und hinterfragt, inwieweit dieses...“ usw. Das heißt, man kann sich hier durchaus vorstellen, ohne ein Wortprotokoll gelesen haben zu müssen, was denn der Abgeordnete Gassmann zum Ausdruck bringen will. „Der Kreistagsvorsitzende Franz erklärt mit Blick auf den Redebeitrag des Kreistagsabgeordneten Gassmann, dass er nicht die Aussage akzeptiert, unter Zeitdruck beraten, handeln zu müssen. Wenn dies nur moniert wird, hätte er im Rahmen...“ usw. Das heißt, man weiß, wenn man das liest, was der Kreistagsvorsitzende zum Ausdruck bringt. „Herr Landrat Reuß entgegnet den Ausführungen des Kreistagsabgeordneten Gassmann und weist den erhobenen Vorwurf zurück. Er erklärt, das Verfahren bereits bei der Verabschiedung des Haushaltes...“ usw. Auch hier weiß der Leser dieses Protokolls, um was es geht.

Meine Damen und Herren, Herr Gassmann, haben Sie einmal dieses Protokoll oder andere aus dem Kreistag, denn Sie sind Kreistagsabgeordneter, jemals kritisiert?“

Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Hölzel:

„Haben Sie jemals etwas vermisst, was Sie öffentlich angeprangert haben aus diesem Protokoll? Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie das jemals gemacht haben. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie jemals einen Antrag für ein umfangreicheres oder gar ein Wortprotokoll aus dem Kreistag gestellt haben. Ich nicht. Sie können hier, und das konnten wir feststellen, für mich teilweise an den Haaren herbeigezogene Begründungen, die für ein Wortprotokoll sprechen oder sprechen würden, vorbringen, die eigentlich genau das Gegenteil bewirken. Wenn das alles ein politisch Interessierter lesen muss, der hört doch nach der zweiten Seite des Wortprotokolls freiwillig auf.“

Stv.-V. Hamp:

„Herr Hölzel, wir sind an 15 Minuten dran.“

Stv. Hölzel:

„Ja. Wenn es komprimiert wird, haben wir eher die Chance, politisch interessierte Bürger an die Politik heranzuführen und denen wirklich komprimiert zu sagen, was jemand gesagt hat. Und das ist mein Wunsch, dass das hier von unserer Seite aus umgesetzt wird. Mein Wunsch ist, und ja, Sie bemängeln, das steht hier nicht drin in der Vorlage, dass der Stadtverordnetenvorsteher aus dieser Diskussion, die wir geführt haben, das richtige tut, nämlich dann dem Protokollanten der Stadtverordnetenversammlung ggf. eine Dienstanweisung gibt, wie er sich in dem Tenor dieser Diskussion hier ein Protokoll wünscht, was weniger, das ist meine Hoffnung, als ein Wortprotokoll ist, vielleicht ein bisschen mehr, als hier in der Beschlussvorlage drinsteht. Vielen Dank.“

Stv. Grüning:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, mein Beitrag erfolgt als Versuch, zu etwas mehr Sachlichkeit beizutragen. Auch ich bin der Meinung, dass

der Inhalt von Redebeiträgen im Protokoll wiedergegeben werden muss. Außerdem ist es mein Vorschlag, die Audiodateien auf Wunsch jedem Stadtverordneten zur eigenen Nutzung zur Verfügung zu stellen. Da ich persönlich nicht aus Erfahrung sagen kann, ob das Wortprotokoll wirklich notwendig ist, derzeit nicht, wünsche ich mir eine Probephase von einem Jahr zum Beispiel, um dann gemeinsam neu zu entscheiden, ob die Wiedereinführung eines Wortprotokolls sinnvoll ist. Wir können den § 29 jederzeit wieder in seine alte Form bringen, deshalb halte ich fest, der sinngemäße Inhalt der Redebeiträge wird, so ist es auch geplant, natürlich im Protokoll enthalten sein.“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Grüning:

„Ich weiß, ich weiß, ich weiß. Mein letzter Satz kommt gleich. Gegen eine redaktionelle Ergänzung dessen, hätte ich persönlich rein gar nichts einzuwenden, weil das meiner Ansicht nach im Moment jetzt auch fehlt. Aber wir hatten uns bei den Besprechungen vorher sowieso auch so schon verständigt, dass der Inhalt der Redebeiträge enthalten sein muss, wie es im Kreistag ja auch ist. Man kann das auch ergänzen. Ich hätte da überhaupt nichts dagegen, dass der Inhalt enthalten sein muss, und, wie gesagt, nach einer Probephase, wenn man merkt, das bewährt sich nicht, kann man auch wieder den alten Zustand herstellen. Ich selber kann das sonst nicht entscheiden, muss ich ganz klar sagen, weil die Argumente sind mir eigentlich alle ganz gut zugänglich gemacht worden, von allen Seiten. Vielen Dank.“

Stv.-V. Hamp:

„Danke, Herr Grüning. Zur Klarstellung: Ein Änderungsantrag war damit nicht verbunden?“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv.-V. Hamp:

„Ja, ich muss Sie fragen.“

Stv. Grüning:

„Ich würde doch einen Änderungsantrag einbringen wollen und würde diese redaktionelle Ergänzung schon noch rein haben wollen, dass der Inhalt der Redebeiträge enthalten sein soll. Das sind ein paar Worte, die ergänzt werden könnten.“

Stv.-V. Hamp:

„Danke. Aufgenommen.“

Stv. Fiege:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kollegen, eine Zusammenfassung, Herr Grüning, eines Redebeitrages macht, glaube ich, im Hinblick auf deren Kernsinn wahrscheinlich viel, viel mehr Arbeit, als das reine Abtippen und Wiedergeben des Wortprotokolls, was darüber hinaus auch hoch authentisch und nachvollziehbar ist. Ich glaube, das ist dann eher noch der falsche Weg. Da ist die Gefahr der Fälschung groß, der Verfälschung, der unbeabsichtigten. Auf jeden Fall geht Au-

thentizität verloren. Ich glaube, das ist kein guter Weg, genauso wenig der Weg, wie er hier vorgeschlagen ist.

Ich wollte eigentlich nur eine ganz kurze rhetorische Frage stellen, in den Raum. Das ist doch wohl so, auch an die Kollegen, sage ich jetzt mal, der Regierungskoalition gewandt, umso mehr Transparenz, umso mehr Kommunikationskanäle ich offenhalte, desto offener ist gleichsam doch auch unsere Demokratie. Oder wird das von Ihnen verneint? Zumal, wenn auch ein geringer wirtschaftlicher Aufwand dahintersteht, und man kann die Dinge auch nicht wegwehen. Aber was heute Abend unheimlich deutlich geworden ist, wieso so ein Wortprotokoll auch hochgradig Sinn macht, also der Redner zeichnet sich aus durch seinen Charakter, den er hier vorne darstellt, durch seine transportierte Emotionalität und wie er die Emotionalität der Zuhörer anspricht und auch durch seine Argumentationsstruktur. All das ist nicht mehr wiedererkennbar. Und gerade heute Abend ist erkennbar geworden, wie hier Gewichtungen sind, und ich finde das, und genau diese Redebeiträge heute Abend, sowas von beweislässig und gewichtig. Herr Schneider, es ist symptomatisch, dass Sie jetzt sofort als erster darauf reagieren. Es ist ganz wichtig, denn nur dann wird auch für den Bürger nachvollziehbar, was es damit auf sich hat. Also, meiner Meinung nach sind alle Kanäle möglichst weit offenzuhalten und die Entscheidung darüber, welche Kanäle offengehalten werden, und ob sie überhaupt offengehalten werden, ist auch eine Entscheidung darüber, was im öffentlichen Raum überhaupt verhandelt und diskutiert werden darf. Also sind Transparenzentscheidungen in diesem Sinne auch ganz klar Machtentscheidungen. Hier werden Dinge verkürzt, und die Gründe für die Verkürzung dieser Wortprotokolle haben Sie heute Abend selber hier live vorgelebt. Vielen Dank.“

Stv. Grauer:

„Ich wollte noch einmal ein paar Ergänzungen bzw. noch einmal Erläuterungen bringen, und zwar habe ich das Gefühl gehabt, dass die Koalition meine Argumentation etwas falsch verstanden hat. Vielleicht habe ich es nicht ganz deutlich rübergebracht. In dem Sinne tut mir das sehr leid. Ich meinte nicht, dass es, wenn es kein Wortprotokoll gibt, keine Wahlbeteiligung gibt. Das war keineswegs meine These. Ich meinte lediglich, dass, wenn wir keine Wahlbeteiligung haben, wenn die Leute uns nicht wählen, wenn sie in rechte Ecken gedrängt werden durch die etablierten Parteien, dass die NPD wählen, dass es teilweise 15 % für die NPD in hessischen Kommunen gibt und wir dann noch sagen, wir wollen nicht, dass ihr unsere Worte hört, dass ihr noch weniger Zugang zu uns habt. Was sollen die Menschen dann davon denken. Ich finde einfach nur, dass dieses Zeichen, das wir den Bürgern damit geben würden, einfach komplett fatal ist, und dass das nicht sein darf in diesen Zeiten, wo die Leute einfach keine Lust mehr auf die etablierten Parteien haben.

Außerdem, ich habe jetzt die ganze Zeit gehört, Audiodateien kann man sich anhören, Niederschriften, die ganz stumpf sagen, er hat gesagt, er war empört, sie fand das nicht so gut: Ich fände das einfach komplett ätzend, mir das anzugucken, anzuhören. Was weiß ich. Ich habe heute Morgen erst, weil heute Morgen ja das Protokoll zur Sitzung vom 19.05.2016 kam, es mir durchgelesen und ich könnte es nicht ertragen, wenn ich mir dann eine Stunde lang, drei Stunden lang eine Audiodatei anhören müsste. Dafür habe ich keine Zeit. Das können wir auch den Bürgern nicht auferlegen. Das ist kompletter Schwachsinn. Ich kann mich Herrn Fiege auch nur anschließen. Die Persönlichkeit des Redners muss ganz, ganz deutlich werden. Wir müssen uns klar machen, dass wir hier in Hessen kumulieren und panaschieren. Also, ich persönlich wähle nicht unbedingt eine Partei, wenn ich in Hessen wähle, oder der Bürger wählt keine Partei. Der Bürger wählt die Person, der er vertraut. Bei denen er weiß, wir können diesen Personen zutrauen, dass diese Person meine Meinung vertritt. Und wie soll das denn möglich sein, wenn wir kein einziges Mal mehr wissen, wie diese Person spricht, wie diese Person sich vorne aufführt. Man kann den Bürgern auch nicht sagen, seid jedes Mal donnerstags hier, weil da hat man auch nicht immer Zeit. Ich muss mir auch immer freinehmen, weil ich abends arbeite.

Und außerdem wollte ich noch eine Kleinigkeit sagen. Herr Hölzel, dass Sie hier unsere Minderheit, unsere Opposition mit der DDR verglichen haben, das ist eine pure Frechheit.“

Herr Hölzel macht Bemerkungen vom Platz.

Stv.-V. Hamp:

„Herr Hölzel, Sie werden jetzt gleich dazu reden dürfen.“

Stv. Grauer:

„Sie haben gesagt, dass Sie sich nicht von einer Minderheit die Meinung auferlegen lassen. Das tun wir nicht. Wir sind die Opposition, die mit 45 % zu 55 % meinetwegen hier sitzt. Wir sind nicht direkt eine Minderheit. Wir sind 45 % an Leuten, die uns gewählt haben.“

Herr Hölzel macht eine Bemerkung vom Platz.

Stv.-V. Hamp:

„Herr Hölzel, gleich.“

Stv. Grauer:

„Dann kann es nicht sein, dass Sie uns mit irgendwelchen Parteibonzen von den 2 % aus der DDR vergleichen, die den Leuten ganz schreckliche Dinge vorgeschrieben haben. Das kann nicht wahr sein. Das war es von mir. Vielen Dank.“

Stv. Hölzel:

„Meine liebe Frau Grauer, Sie gestatten, dass ich direkt auf Sie antworten muss und bitte Sie, das nächste Mal besser zuzuhören, denn ich habe den Abgeordneten Gassmann gemeint und nicht Sie, dass die Minderheit anti-demokratisch wäre, sondern ich habe es Herrn Gassmann vorgeworfen.“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Hölzel:

„Sollte ich mich tatsächlich falsch ausgedrückt haben, wiederhole ich es jetzt nochmal. Ich meine nicht die Minderheit, die anti-demokratisch wäre, sondern ich meine ausschließlich Herrn Gassmann, der hier steht und sagt, dass die Mehrheit, wenn sich die Mehrheit durchsetzt, sich nicht demokratisch verhalten würde. Das moniere ich, und dagegen verwahre ich mich. Und ich meine, nochmal, nicht die Minderheit und damit die Oppositionsparteien, dass wir uns darüber im Klaren sind. Und bitte das nächste Mal, hören Sie genauer zu.“

Stv.-V. Hamp:

„Dankeschön Herr Hölzel. Gibt es noch Wortmeldungen? Ja, Herr Dr. Bödicker bitte.“

Ich würde mir dann erlauben, wenn in der Sache nichts neues Tiefgreifendes mehr kommt, die Diskussion auch zu Ende zu führen.“

Stv. Dr. Bödicker:

„Ob ich was Tiefgreifendes beizutragen habe, weiß ich nicht. Es erstaunt mich, am Anfang ging es um die strategischen Ziele, was ich für Eschwege für viel wichtiger halte, nur sehr kurz haben wir darüber debattiert. Wir debattieren jetzt, ich denke Mal, bestimmt schon eine Stunde, hier über diesen Punkt. Wenn ich einen Perspektivwechsel versuche, wie wird der Bürger das auffassen. Also ich glaube nicht, dass jetzt einer zusätzlich wählen geht, wegen dieser Diskussion. Dann ist es nicht nur ärgerlich, sondern mir unverständlich, was jetzt schon das zweite Mal vorgekommen ist, wenn Herr Gassmann sich sozusagen vor die Koalition stellt und uns sagt, jetzt aber nicht wieder die Einstimmigkeit, nicht so abstimmen. Das ist ja unsere Sache, und über einen Appell an das Gewissen hinaus sollte das nicht gehen und undemokratisch sollte das schon gar nicht genannt werden. Dritte Sache und letzte Sache von mir. Wenn ich diesen Demokratieverlust irgendwie jetzt spüre oder verarbeiten will, verstehe ich ehrlich gesagt nicht, SPD und Grüne hatten zuletzt die Mehrheit, warum sie dann, wenn das so demokratisch wichtig und essenziell sein soll, nicht auch in den Ausschüssen auf Wortprotokolle gedrängt haben. Sagen Sie mir Argumente, warum das in den Ausschüssen nicht gilt, was hier im Plenum gilt. Danke.“

Stv.-V. Hamp:

„Danke Herr Dr. Bödicker. Ich habe noch eine Wortmeldung von Herrn Claus. Wie gesagt, kommen Sie gerne ans Pult, aber ich denke, die Meinungen und Argumente sind getauscht. Sie haben das Wort.“

Stv. Claus:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nur mal ganz kurz noch einmal eins zu bedenken geben. Ich versuche es mal, mir praktisch vorzustellen. Also in der Regel ist es ja so, wenn die Stadtverordnetenversammlung meinetwegen hier drei Stunden läuft, dann wird eine Kassette, oder ein Tonband, oder eine Datei an eine Dame gegeben, die dann das Wortprotokoll schreibt, so wie wir es hier gesprochen haben. So war es ja bis jetzt. Wenn das hier drei Stunden geht, dann behaupte ich mal, die schafft das in dreieinhalb Stunden. Dann hat die das geschrieben. Dann kann die zwischendurch noch einen Kaffee trinken. Weil die hört es ja und in dem Moment kann sie es ja gleich schreiben. Mehr Zeit braucht Sie ja nicht. Das ist für mich die Praxis. So müsste das eigentlich funktionieren. Wenn Sie anderer Meinung sind, das kann ja durchaus sein, aber ich bin der Meinung, die kriegt das Protokoll in mündlicher Form und in dem Moment, so wie sie es hört, kann sie es abschreiben. Jetzt wäre ja die Praxis so, wenn wir nur ein verkürztes Protokoll haben, oder so wie Ihr Vorschlag ist, dann müsste ja trotzdem eine Person sich drei Stunden lang, wenn die Sitzung hier drei Stunden geht, hinsetzen, sich erstmal die ganze Sitzung anhören und dann aus diesen drei Stunden eine Verkürzung schreiben. Da behaupte ich mal, die braucht mindestens doppelt so lange. Da müsste es eigentlich nochmal, damit keine Fehler in dieses Protokoll reinkommen, von jemandem gegengelesen werden, müsste noch einmal korrigiert werden. Da müssten meines Erachtens nach in der Praxis mehrere Leute dieses verkürzte Protokoll schreiben. Das behaupte ich jetzt. Anders kann es gar nicht gehen.

Deswegen möchte ich hier nochmal gerne den Antrag stellen, diesen Beschluss in den Haupt- und Kulturausschuss zu überweisen, um noch einmal festzustellen, wie die Zeiten sind, wenn das Protokoll, so wie es jetzt geschrieben wird, als Wortprotokoll geschrieben wird. Wie lange braucht man dafür und wie lange braucht eine Sekretärin dafür, um dieses Protokoll, so wie es jetzt beantragt worden ist, in die Tat umzusetzen, weil, Sie Herr Hölzel, haben ja behauptet, wir würden immense Zeit und Kosten sparen. Das glaube ich wiederum nicht. Keine Ahnung, ich bin jetzt keine Sekretärin. Ich kenne mich zwar mit der Technik aus, ich weiß auch, wie sie funktioniert, und ich weiß auch, wie es theoretisch funktioniert. Ich habe noch nie mit so einem Diktiergerät geschrieben, auf einer Schreibmaschine, aber nur so ist es für mich praktisch nachvollziehbar. Vielen Dank.“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Claus:

„Das kann ja sein, dass das die Verwaltung gesagt hat.“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Claus:

„Dann ist es halt so. Dann haben Sie halt gesagt, die Verwaltung hätte das so gesagt. Das ändert ja nichts an der Tatsache.“

Stv.-V. Hamp:

„Herr Claus zu meinem Verständnis, Ihr Änderungsantrag, § 29 in den Hauptausschuss zu überweisen, der deckt sich mit dem Antrag der Kollegin Grauer? Gut. Danke.

Ich glaube nicht, dass es noch wesentliche Beiträge gibt. Einen noch. Herr Grüning bitte. Aber wirklich was Neues bitte. Wir haben noch viel zu tun.“

Stv. Grüning:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste. Meinen Änderungsantrag ziehe ich hiermit zurück, da ich sehe, dass es nicht zu einem Konsens führen wird. Also die Einfügung der Textpassage für ein sinngemäßes Protokoll ist damit ja nicht sinnvoll. Nach wie vor würde ich mir wünschen, wir würden zum Beispiel nach einem Jahr wirklich noch einmal darüber entscheiden, ob das Wortprotokoll doch sinnvoll wäre oder nicht.“

Stv.-V. Hamp:

„Also, ich nehme zu Protokoll, dass Sie Ihren Antrag zurückgezogen haben.

Noch Beiträge?“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stv.-V. Hamp:

„Dann lassen Sie uns mal eine Minute Zeit.

Wenn wir beide das eben richtig rekapituliert haben, haben wir drei Anträge.

Stv. Heinz beantragt, die Neufassung des § 29 der Geschäftsordnung herauszunehmen aus der heutigen Beschlussfassung.

Ist das so Herr Heinz? Ja, den § 29 rausnehmen und ansonsten die Änderungen aber akzeptieren. Dieser Änderungsantrag ist in Ansehung der weiteren, die wir jetzt verlesen, vielleicht der weitestgehende.

Der zweite Antrag war vom Kollegen Claus, die Angelegenheit in den Hauptausschuss zu überweisen, soweit es § 29 betrifft, mit der Maßgabe auch festzustellen, welcher zeitliche Aufwand damit verbunden wäre.

Und der dritte wäre dann die Stv. Grauer, den § 29 in den Ausschuss zur erneuten Beratung und Beschlussempfehlung zu überweisen.“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv.-V. Hamp:

„Das ist nicht ganz genau dasselbe, weil Herr Claus die Maßgabe hat, die Zeiterfassung zu nehmen, es sei denn, Sie verzichten auf die Zeiterfassung.“

Bemerkungen aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv.-V. Hamp:

„Das ist ja in Ordnung.

Dann, denke ich, ist der weitestgehende Antrag der des Herrn Stv. Heinz, § 29 der Neufassung zu streichen und die alte Fassung zu belassen.

Dann darf ich darum um Abstimmung bitten. Wer für den Änderungsantrag des Herrn Stv. Heinz ist, den bitte ich um das Handzeichen.“

1. Änderungsantrag der SPD-Stv.-Fraktion:

Beschluss:

Der Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege (01_10_01) wird in der im Hauptausschuss beratenen Form zugestimmt. Ausgenommen aus der Zustimmung sind die Änderungen des § 29, der in der alten Fassung belassen wird.

Mit 14 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Stv.-V. Hamp:

„Ich meine, der Antrag von Herrn Claus ist durch den Suffix dran etwas weitergehender, als der von der Kollegin Grauer.

Der Änderungsantrag lautet: § 29 in der neu vorgeschlagenen Fassung in den Haupt- und Kulturausschuss zu überweisen, zur erneuten Beratung und Beschlussempfehlung, verbunden mit der Maßgabe, den zeitlichen Aufwand zu ermitteln, der dabei anfällt.

Ist das richtig? Dann bitte ich um das Handzeichen, wer diesen Beschluss unterstützen mag.“

2. Änderungsantrag der SPD-Stv.-Fraktion:

Beschluss:

Der Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege (01_10_01) wird in der im Hauptausschuss beratenen Form zugestimmt. Ausgenommen aus der Zustimmung sind die Änderungen des § 29. Die Änderungen des § 29 werden zur erneuten Beratung und Beschlussempfehlung in den Haupt- und Kulturausschuss überwiesen, verbunden mit der Maßgabe, den zeitlichen Aufwand zu ermitteln, der bei der Erstellung eines Wortprotokolls und bei der Erstellung der Niederschrift in der neuen Form anfällt.

Mit 14 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Stv.-V. Hamp:

„Und dann hätten wir noch über den Antrag zur Änderung zu beschließen, den die Stv. Grauer vorge-
tragen hat, § 29 der Neufassung, und nur den, so habe ich Sie verstanden, in den Haupt- und Kultur-
ausschuss zu überweisen, zur erneuten Beratung und Beschlussempfehlung. Richtig?“

Dann bitte ich um das Handzeichen, wer diesen Beschluss unterstützen mag.“

3. Änderungsantrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stv.-Fraktion:

Beschluss:

Der Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der
Kreisstadt Eschwege (01_10_01) wird in der im Hauptausschuss beratenen Form zugestimmt.
Ausgenommen aus der Zustimmung sind die Änderungen des § 29. Die Änderungen des § 29 werden
zur erneuten Beratung und Beschlussempfehlung in den Haupt- und Kulturausschuss überwiesen.

Mit 14 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Stv.-V. Hamp:

„Wer sich gewundert hat, dass ich nicht nach Enthaltungen gefragt habe, es waren alle Stimmen abge-
geben, dafür oder dagegen.“

Dann darf ich aufrufen, den Beschlussvorschlag. Ich lese ihn noch einmal vor.“

4.

Beschluss:

1. Der Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der
Kreisstadt Eschwege (01_10_01) wird in der im Hauptausschuss beratenen Form zugestimmt.
2. Der Aufhebung des Beschlusses zum Antrag der SPD-Fraktion/ Bündnis 90/ Die Grünen vom
04.06.2012, Weiterbearbeitung von im Geschäftsgang befindlichen Anträgen wird zugestimmt.

Mit 18 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen beschlossen.

Herr Gassmann macht eine Bemerkung vom Platz.

Stv.-V. Hamp:

„Wir haben eben beschlossen, Herr Gassmann. Sie können gerne ans Pult treten, aber wir haben be-
schlossen, mehrheitlich angenommen. Bitteschön, Herr Gassmann.“

Stv. Gassmann:

„Ich habe eine persönliche Erklärung abzugeben.“

Stv.-V. Hamp:

„Ich will es mal so sagen, Herr Gassmann, das sieht die HGO an dieser Stelle nicht vor, aber gern.“

Stv. Gassmann:

„Zwei Sätze. Meine Damen und Herren, ich fühle mich in meinen Rechten als Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschwege beschnitten. Ich bin zutiefst enttäuscht und protestiere in aller Form dagegen.“

Stv.-V. Hamp:

„Danke, Herr Gassmann. Ich schließe damit den Tagesordnungspunkt 4 und rufe auf den Tagesordnungspunkt 5.“

5. ÄNDERUNGSANTRAG DER STV.-FRAKTION DIE LINKE ZUM ANTRAG AUF ÄNDERUNG DES § 16 (ANREGUNGEN) DER GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG UND DIE AUSSCHÜSSE DER KREISSTADT ESCHWEGE

- 1 -

Stv.-V. Hamp:

„Herr Gassmann, wollen Sie Ihren Antrag zurückziehen oder wollen Sie ihn stellen?“

Herr Stv. Gassmann, Frau Stv. Rebbig-Kosir, Frau. Stv. Strauß und Frau Stv. Grauer verlassen die Sitzung.

Stv.-V. Hamp:

„Der Stv. Gassmann verlässt den Saal. Damit ist der Antrag nicht zurückgezogen. Ich werde prüfen lassen, ob ich ihn auf die Sitzung der nächsten Stadtverordnetenversammlung setzen muss. Ich neige dazu, das tun zu müssen. Für das Protokoll.“

6. A) WAHL DER MITGLIEDER DES PERSONALRATES SOWIE DEREN
STELLVERTRETER FÜR DIE BETRIEBSKOMMISSION DES EIGENBETRIEBES
„BAUBETRIEBSHOF“
B) WAHL DER MITGLIEDER DES PERSONALRATS SOWIE DEREN
STELLVERTRETER FÜR DIE BETRIEBSKOMMISSION
„WASSERVERSORGUNG ESCHWEGE“
- 1/2/BBH -
-

(Frau Stv. Kniese verlässt zu diesem TOP den Sitzungssaal)

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrte Damen und Herren. Sie wissen, wir verfügen als Kreisstadt über zwei Eigenbetriebe, nämlich die Eigenbetriebe Baubetriebshof und den Eigenbetrieb Wasserversorgung Eschwege. Sie haben als Stadtverordnete bereits Mitglieder in diese Gremien entsandt und nach den Vorschriften der Betriebssatzung gehören der Betriebskommission unter anderem auch zwei Personalratsmitglieder sowie deren Stellvertreter an, welche auf Vorschlag des Personalrates von der Stadtverordnetenversammlung zu wählen sind. Die Wahl ist nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer der Wahlzeit des Personalrates durchzuführen.

Der Betriebskommission gehörten seinerzeit Frau Bärbel Saur-Rost sowie Herr Matthias Winter als Mitglieder des Personalrates an, für den Baubetriebshof. Beide wurden bei der am 20. Mai stattgefundenen Personalratswahl wiedergewählt, und sie sollen nach Mitteilung des Personalrates auch weiterhin Mitglieder der Betriebskommission des Baubetriebshofes bleiben. Als Stellvertreter wurden vom Personalrat Herr Udo Kniese sowie Herr Volker Schütz vorgeschlagen.

Für die Betriebskommission der Wasserversorgung Eschwege wurden diese Personen ebenfalls wiedergewählt. Dort sollen Frau Saur-Rost sowie Herr Udo Kniese wiedergewählt werden. Und dort sollen als Stellvertreter Herr Rüdiger Träbing sowie Frau Bärbel Schäfer vorgeschlagen werden.

Ich bitte Sie, dementsprechend die Wahlen durchzuführen. Herzlichen Dank.“

Stv.-V. Hamp:

„Danke Herr Bürgermeister. Ich sehe einen Antrag von Herrn Stv. Feiertag zur Geschäftsordnung. Bitteschön.“

Stv. Feiertag:

„Herr Vorsteher, meine verbliebenen Damen und Herren, angesichts der vielen leeren Plätze würde ich vorgeschlagen, vielleicht eine kurze Sitzungspause zu machen. Vielleicht kann man sich dann anschließend wieder zusammenraufen.“

Stv.-V. Hamp:

„Herr Feiertag, sie sprechen mir aus der Seele. Der eine oder andere geht jetzt Tabaksteuer bezahlen. Ich unterbreche für fünf Minuten.“

Die Sitzung wird von 21:19 bis 21:33 Uhr unterbrochen.

Stv.-V. Hamp:

„Wir wollen die Sitzung fortsetzen, und das geschieht um 21:33 Uhr.

Gibt es irgendetwas aus dem Kreis der Stadtverordneten vorzutragen? Gut.

Kommen wir jetzt zum Punkt 6

- a) Wahl der Mitglieder des Personalrates sowie deren Stellvertreter für die Betriebskommission des Eigenbetriebes „Baubetriebshof“
- b) Wahl der Mitglieder des Personalrats sowie deren Stellvertreter für die Betriebskommission „Wasserversorgung Eschwege“

Der Bürgermeister als Berichterstatter hat vorgetragen. Ich denke nicht, dass eine Wiederholung desselben gewünscht wird.

Es gibt die Möglichkeit, wenn sich alle Stadtverordneten jeweils auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag einigen, mit einem einstimmigen Beschluss die Annahme des Wahlvorschlages zu dokumentieren. Darf ich davon ausgehen, dass das der Fall ist? Gut.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stv.-V. Hamp:

„Dann habe ich den Beschlussvorschlag vorzulesen.“

Beschluss:

(Frau Stv. Kniese war zur Wahl nicht im Saal)

- a.) Es werden folgende Personalratsmitglieder in die Betriebskommission des Eigenbetriebes „Baubetriebshof“ gewählt.
 - Frau Bärbel Saur-Rost
 - Herr Matthias Winter

Einstimmig beschlossen.

- b.) Es werden folgende stellvertretende Personalratsmitglieder in die Betriebskommission des Eigenbetriebes „Baubetriebshof“ gewählt.
 - Herr Udo Kniese
 - Herr Volker Schütz

Einstimmig beschlossen.

- c.) Es werden folgende Personalratsmitglieder in die Betriebskommission des Eigenbetriebes „Wasserversorgung Eschwege“ gewählt.
 - Frau Bärbel Saur-Rost
 - Herr Udo Kniese

Einstimmig beschlossen.

- d.) Es werden folgende stellvertretende Personalratsmitglieder in die Betriebskommission des Eigenbetriebes „Wasserversorgung Eschwege“ gewählt.
 - Herr Rüdiger Träbing
 - Frau Bärbel Schäfer

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Hamp:

„Wenn jemand so lieb ist, Frau Kniese zu unterrichten, dass Sie wieder in den Saal kommen kann. Dankeschön, der treusorgende Ehemann tut das.“

Den Gewählten gratuliere ich zur Wahl und wünsche ihnen Kraft und Freude am Amt. Ich danke ihnen.“

**7. BEBAUUNGSPLAN NR. 27.3 „SCHÜTZENWEG 2“ (ÄNDERUNG EINES TEILBE-
REICHS DES BEBAUUNGSPLANES NR. 27 SONDERGEBIET „GROßER UND KLEI-
NER LEUCHTBERG“); AUFSTELLUNGSBESCHLUSS UND EINLEITUNG DER
TRÄGER- UND BÜRGERBETEILIGUNG**

- 41 -

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Eigentümerin des Wohnhauses der ehemaligen Gärtnerei am Schützenweg möchte im Erdgeschoss dieses Hauses eine Physiotherapiepraxis einrichten. Die frühere Gärtnerei war als privilegierte Nutzung im Sondergebiet „Großer und Kleiner Leuchtberg“ zulässig. Nach der Nutzungsaufgabe der früheren Gärtnerei und dem Verkauf des Grundstückes mit dem Wohnhaus ist diese frühere Privilegierung somit baurechtlich untergegangen. Um die selbstständige Nutzung des Wohnhauses zum Wohnen zu sichern, ist eine Bebauungsplanänderung erforderlich, und in diesem Zusammenhang soll auch die geplante physiotherapeutische Nutzung mit in dieser Bebauungsplanänderung geregelt werden. In die Nutzung soll auch der Garten und, soweit wie möglich, dann auch ggf. die vorhandenen Gewächshäuser mit einbezogen werden. Insofern ist dann auch diese geplante Nutzung auf diesen außerhalb der Stadt gelegenen Standort angewiesen. Wie das Ganze sich zusammensetzt und den Ort sehen Sie dort hinten an der Wand hingeworfen. Das Ganze soll dann ein Sondergebiet werden und als Sondergebiet „Therapie und Garten“ ausgewiesen werden, das dann in zwei Einzelbereiche unterteilt wird, einmal für die therapeutische Nutzung und das Wohnen, und dann nochmal den Bereich, der die Gewächshäuser und den rückwärtigen Garten dann entsprechend umfasst. Die weiteren Einzelheiten sind in großer Detailfülle durch das Büro - im Ausschuss für Bauen und Umwelt vorgetragen worden. Ich danke Ihnen.“

Stv. Dr. Bödicker (Vorsitzender des Ausschusses für Bauen und Umwelt):

„Vorgestern Abend hat der Ausschuss über das Thema beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, vorlagegemäß zu entscheiden, und zwar einstimmig.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

a) Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 27.3 „Schützenweg“ (Änderung eines Teilbereichs des Bebauungsplanes Nr. 27 Sondergebiet „Großer und Kleiner Leuchtberg“) wird gem. § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 27.3 umfasst das Flurstück 197, Flur 11, Gemarkung Eschwege. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 27.3 ist in der Anlage 1 zu dieser Vorlage dargestellt.

b) Die frühzeitige Bürgerbeteiligungs- und Trägerbeteiligung ist durchzuführen.

Einstimmig beschlossen.

8. ANTRAG DER CDU-, FWG- UND FDP-STV.-FRAKTION BETR. KONZEPT FÜR EINE VERBESSERUNG DER SAUBERKEIT DES STADTBILDES - 4/BBH/1 -

Stv. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, vielen Dank. Lassen Sie mich beginnen mit einem dicken Lob an unseren Baubetriebshof. Wir hatten vor zwei Wochen unser Johannisfest. Alle Eschweger feiern gern und das geht nicht, ohne dass auch mal was dreckig wird. Gerade der Maienzug, da müssen die Maien rausgebracht werden, und dann muss Samstag, nachdem schon eine Nachtschicht nötig war, nach dem Freitagabend, der Marktplatz auch wieder gekehrt werden. Ich würde sagen, unsere Jungs in orange machen einen super Job, und auch wenn jetzt keiner hier ist, ich glaube, das ist mal einen Applaus von allen Wert.

Unser Baubetriebshof macht auch den Rest des Jahres einen tollen Job, ob das Reinigung ist, ob das Winterdienst ist, ob das Müllabfuhr ist. Wir sind sehr, sehr zufrieden. Jetzt kommt mein Aber. Der Baubetriebshof kann nur das erledigen, was wir bei ihm auch bestellen. Wir haben das Gefühl, das ist nicht genug.

Herr Jatho, mal bitte das Bild.

Wir haben es ja vorhin gehört. Eschwege überrascht. Aber Eschwege überrascht mit botanischen Flächen, wo sie nicht sein sollten. Ich habe mal exemplarisch eine Verkehrsinsel fotografiert. Was da rundherum wächst, ist teilweise fast einen Meter hoch, und, ich glaube, wir sind uns einig darüber, das gehört da nicht hin. Wir erwarten von unseren Bürgern, dass sie ihre Häuser, dass sie auch ihre Straßenteile, wo sie Kehrpflicht haben, in einem ordentlichen Zustand halten. Ich glaube, den gleichen Anspruch müssen wir an uns auch haben, und das dass kein einladendes Stadtbild ist, auch im Sinne der von uns vorhin beschlossenen strategischen Ziele, ich glaub, da sind wir uns einig. Die Grünflächen betrifft das in ähnlichem Fall.

Herr Jatho, sie können das Bild wieder weg machen.

Genauso, meine Damen und Herren, sind wir der Auffassung, wir müssen mal über das Stadtmobiliar, wie das so schön im Terminus Technikus heißt, reden. Ich nehme ein Beispiel. Das kommt vom Kollegen Hölzel. Das sind die Mülleimer am Stad. Diese Mülleimer haben oben eine Begrenzungsfunktion. Ich erinnere mich, dass wir das mal eingeführt haben in der Diskussion, dass manche Leute da der Meinung waren, ihre kompletten Müllbeutel entsorgen zu müssen. Diese Begrenzer haben nun aber den Effekt, jemand trinkt einen coffee to go in einem Pappbecher, man kann es beklagen, aber die Leute machen es halt trotzdem, der steckt den rein, der bleibt oben stecken. Der Mülleimer ist augenscheinlich voll und samstags morgens um 10:00 Uhr fängt alles an, überzuquellen. Es ist ein sehr ungepflegtes Bild und, glaube ich, auch eine Brutstätte für Bakterien, Keime und sonst was. Meine Damen und Herren, auch so ein Stadtbild wollen wir nicht. Die Einkaufsstadt Eschwege und die Erlebnisstadt Eschwege müssen sauberer werden. Und wir möchten den Magistrat bitten, uns mal aufzuzeigen, es gibt ja nun immer zwischen Minimallösungen und Optimallösungen viele Grautöne, wie das finanziell gehen kann.

Der nächste Punkt ist natürlich auch, der Magistrat soll uns dann bitte auch mal erklären, wie die Straßenreinigungssatzung umgesetzt wird. Ich denke da besonders an einen Fall, den mir der Ortsvorsteher Herzog geschildert hat. Sie haben die E-Mail auch bekommen. Ich würde mal sagen, da ist die Kehrsatzung nicht durchgesetzt worden, und wenn wir solche Fälle haben, da muss das Ordnungsamt auch mal tätig werden. Wie gesagt, meine Damen und Herren, Stadtteile sollten wir dabei nicht außer Acht lassen.

Mein lieber Herr Heinz, Sie sind ja, ich muss jetzt mal auf Sie zurückkommen, sehr durchsichtig. Es ist genau das eingetreten, was ich meiner Fraktion am Montag gesagt habe. Der wird uns erklären, das müsst ihr über die Produkte steuern. Ich habe die Produkte mir auch aufgeschrieben, die 545.01,

551.01, das ist alles ganz prima, aber es kann ja nicht sein, dass wir alles, was wir in dieser Stadt machen wollen, sozusagen dann nur noch über die Haushaltsberatungen machen lassen. Wie gesagt, es gibt auch Grautöne. Wir als Stadtverordnete müssen natürlich auch über Themen sprechend dürfen, trotz Produktsteuerung, die uns wichtig sind. Und das ist so ein Thema, was uns wichtig ist und ich hoffe, das ist Ihnen auch wichtig, und wir geben das hiermit in den Ausschuss, wobei ich habe draufgeschrieben, den Haupt- und Kulturausschuss, wenn hier ein Konsens ist, dass wir das lieber in den Finanzausschuss geben sollen, könnten wir auch ganz gut damit leben. Meine Damen und Herren, ich mache es extra kurz, ich hoffe, wir können vorlagegemäß beschließen.“

Stv.-V. Hamp:

„Danke Herr Schneider. Wird zu diesem Tagesordnungspunkt die Aussprache gewünscht?“

StK. Brill vom Platz aus:

„Ich will etwas sagen dazu.“

Stv.-V. Hamp:

„Herr Brill, Sie haben das Wort.“

StK. Brill:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht die Aussprache, das steht mir an der Stelle nicht zu. Ich möchte aber auf die Begründung mal ganz kurz eingehen und was richtig und klar stellen. In der Begründung heißt es ja unter anderem, durch die Einsparmaßnahmen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung mussten im Bereich der Pflege Abstriche gemacht werden. Dem ist nicht so, Herr Schneider. Hören Sie einfach mal zu. Lassen Sie mal die Zahlen und die Fakten sprechen. Ich habe mir extra nochmal die Mühe gemacht und habe mir sämtliche Kostenarten rausziehen lassen für das Produkt Öffentliches Grün von den Jahren 2011 bis zum Ergebnis 2015. Das sind immer Ist-Zahlen, damit wir mal wissen wovon wir reden. Beim Thema öffentliches Grün lag der tatsächliche Aufwand zwischen 305.000 € und 315.000 €, jedes Jahr im Haushalt, also Ist dann. Ausnahme im Jahr 2014 392.000 €, das ist aber dadurch erklärbar, dass wir in 2014, Sie werden sich daran erinnern, den Schwanenteich entschlammt haben. Dadurch sind deutliche Mehrkosten entstanden. Der Ansatz in 2016 beläuft sich jetzt auf 345.000 €, ist also gegenüber dem Ansatz 2015 um 32.000 € erhöht worden. Das heißt, wir haben nicht gespart, wir haben draufgesattelt beim Thema öffentliches Grün.

Produkt Straßenreinigung genau das Gleiche. Der Aufwand für die Straßenreinigung ist im Ist-Ergebnis im Jahr 2011 von 208.000 € auf 272.000 € in 2015 gestiegen. Das ist im Ist eine Steigerung von 31 % rund. Den Ansatz 2016 haben wir dann zurückgefahren auf 231.000 €, und das erklärt sich ganz einfach damit, nicht das wir die Leistungen zurückgenommen haben, sondern wir haben, das haben wir im Magistrat auch so besprochen, bestimmte Aufwandsarten, nämlich die Leerung der Papierkörbe, die ja auch die Kollegen des Baubetriebshofes vornehmen, in das Produkt Abfallwirtschaft verschoben. Ansonsten sind die Leistungen, die der BBH erbringt, auf dem gleichen Stand, wie in den Jahren vorher bzw., ich habe es ja eben gesagt, um 30 % sogar gestiegen.

Letzte Bemerkung, da möchte ich mich gerne mal vor meine Ordnungsverwaltung stellen, die Ordnungsverwaltung wird regelmäßig an der Stelle tätig. Die Ordnungspolizisten gehen raus, schreiben auf, schreiben Briefe, machen auf die Straßenreinigungssatzung aufmerksam usw. usf. Das, was wir an der Stelle tun können, das machen wir auch.

Letzte Bemerkung, das Grundproblem liegt im Übrigen darin, und deswegen sind auch unsere Kosten so hoch bei der Straßenreinigung, dass wir als freiwillige Leistung insgesamt fünfmal in der Woche,

also an fünf Tagen in der Woche, in der Innenstadt kehren, weil wir natürlich an der Stelle sagen, wir wollen eine saubere Innenstadt haben. Eigentlich zuständig wären an der Stelle natürlich die Grundstückseigentümer. Wir können gerne, und das würde dann Sinn machen, über eine Satzungsänderung nachdenken. Das wird in anderen Kommunen auch gemacht, nämlich die Grundstückseigentümer zu verpflichten, auch in der Innenstadt regelmäßig zu kehren, oder ihnen dann halt die entsprechenden Kosten aufzudrücken, die durch den Baubetriebshof da an der Stelle entstehen.

Zusammenfassend, wir haben keine Leistungen zurückgefahren, sondern wir haben sogar in beiden Produkten Öffentliches Grün und Straßenreinigung in den letzten Jahren draufgelegt. Vielen Dank.“

Stv. Heinz:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, da Herr Schneider mich angesprochen hat, will ich natürlich noch etwas dazu sagen. Wir halten das schon für den richtigen Weg, über den Haushalt zu gehen und sich im Haushalt die Zahlen vorzunehmen, der Stadtkämmerer hat es ja eben vorgetragen, und wenn man dann andere Vorstellungen hat, dann eben auch im Haushalt zu gucken, wieviel Geld ist mir das Wert, um das dazu einzustellen. Das gehört einfach irgendwie zu einer seriösen Finanzarbeit und zu einer seriösen Haushaltsarbeit und da sieht man eben auch, dass dieser Haushalt tatsächlich das politische Steuerungsinstrument ist. Wenn Sie sagen, Herr Schneider, Sie wollen das aber gerne hier öffentlich debattieren, dann muss ich Ihnen gestehen, kann ich mich auch beim besten Willen nicht des Eindrucks erwehren, dass Sie hier gerne mit Schaufenster-Anträgen herkommen und sich hier präsentieren, als der Saubermann dieser Stadt. Wenn Sie seriös und zielgerichtet arbeiten wollen, stehen Ihnen andere Instrumentarien zur Verfügung, und dann würden wir dann gerne mit Ihnen in die Diskussion gehen, aber hier jetzt diese Diskussion zu führen, ohne dass man die Instrumente nutzt, die man hat, finde ich nicht richtig.“

Stv.-V. Hamp:

„Dankeschön Herr Heinz. Über Schaufenster stimmen wir hier nicht ab, sondern über Anträge. Wird das Wort noch weiter gewünscht?“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für eine Verbesserung der Sauberkeit des Stadtbildes zu erarbeiten. Dabei ist besonders auf die Aspekte Pflege der öffentlichen Grünanlagen, Reinigung der öffentlichen Verkehrsflächen, Unkrautbeseitigung auf selbigen sowie Anzahl und Funktionalität der öffentlichen Abfallbehältnisse einzugehen.
2. Die Planungen sowie die Kosten werden im Haupt- und Kulturausschuss zur weiteren Beratung vorgestellt.

Mit 18 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen beschlossen.

9. ERNEUERUNG DER GEHWEGE UND PARKSTREIFEN IN DEM LANGENHAINER WEG IN ESCHWEGE IM ZUGE DER GEMEINSAMEN BAUMASSNAHME „GRUNDHAFT FAHRBAHNDECKENERNEUERUNG DER L 3424 ZWISCHEN DER OD-GRENZE UND DER GOLDBACH-KREUZUNG“ MIT HESSEN MOBIL STRASSEN- UND VERKEHRSMANAGEMENT ESCHWEGE, DEN STADTWERKEN ESCHWEGE UND DER KREISSTADT ESCHWEGE

HIER: ZUSTIMMUNG ZU EINER ÜBERPLANMÄSSIGEN AUSZAHLUNG NACH § 100 ABS. 1 HGO IN VERBINDUNG MIT ZIFFER 3.13 DER BUDGETIERUNGSRICHTLINIE DER KREISSTADT ESCHWEGE

- 42/2 -

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben hier eine überplanmäßige Auszahlung gemäß § 100 Abs. 1 HGO in Verbindung mit Ziffer 3.13 der Budgetierungsrichtlinien der Kreisstadt Eschwege zu beschließen. Der Magistrat hat sich damit auch schon befasst und empfiehlt Ihnen hier, auch vorlagegemäß entsprechend zu beschließen. Am 25. Mai 2016 wurden die Bauarbeiten rund um den Langenhainer Weg gemeinsam mit Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement Eschwege öffentlich ausgeschrieben und auch am 16. Juni dort submittiert. 14 Firmen haben Angebotsunterlagen angefordert. Letztendlich haben aber nur vier Bieter ein Angebot abgegeben. Entsprechend der zwischenzeitlich abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung erfolgt die Vergabe der Bauleistungen in Abstimmung mit Hessen Mobil, den Stadtwerken Eschwege und der Kreisstadt Eschwege an den insgesamt nach dem Ende der Ausschreibung gesamtwirtschaftlichsten und annehmbarsten Bieter aller Abschnitte. Es sind dort also Gewerke drin, für die Hessen Mobil zuständig ist, Gewerke drin, wo wir als Stadt zuständig, und auch welche, wo die Stadtwerke zuständig sind, und wir machen einen Strich drunter und gucken, wo ist das gesamtwirtschaftlichste Angebot.

Jetzt ist es so, dass wir hier nach dem Ausschreibungsergebnis die Kosten, die wir eingeplant hatten, um rund 50.000 € überschreiten. Das liegt daran auch unter anderem bzw. ich sage vor allen, weil wir so spät ausschreiben mussten. Warum mussten wir so spät ausschreiben? Weil wir erst im Mai eine Haushaltsgenehmigung erhalten haben. Das ist sehr ärgerlich, insbesondere deswegen, weil wir ja auch rechtzeitig im Dezember hier den Haushalt verabschiedet haben. Aber wenn man spät im Jahr ausschreibt, muss man ggf. dann auch mit den Ausschreibungsergebnissen leben. Es sind 50.000 € Mehrausgabe bei einem städtischen Anteil von rd. 1 Mio. €. Also es steht noch in einem gewissen Verhältnis zueinander. Dennoch ärgerlich, dessen ungeachtet. Aber wir sollten hier, auch um dann endlich die Baumaßnahme voranzutreiben, auch dieser Maßnahme zustimmen. Herzlichen Dank.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

Einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 50.000 € bei der gemeinsamen Baumaßnahme „Grundhafte Fahrbahndeckenerneuerung der L 3424 zwischen der OD-Grenze und der Goldbachkreuzung“ mit Hessen Mobil Straßen- und Verkehrsmanagement Eschwege, den Stadtwerken Eschwege und der Kreisstadt Eschwege, hier: Erneuerung der Gehwege und Parkstreifen im Langenhainer Weg, wird gemäß § 100 Abs. 1 HGO in Verbindung Ziffer 3.13 der Budgetierungsrichtlinien der Kreisstadt Eschwege zugestimmt.

Einstimmig beschlossen.

10. MAGISTRATSBERICHT

- 1 -

Bgm. Heppe:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, sehr geehrte Vertreter der Presse, verehrte Gäste!

Ich komme zum traditionellen Punkt 1 „Berichtspflicht des Magistrates gegenüber der Stadtverordnetenversammlung“.

1. Berichtspflicht des Magistrats gegenüber der Stadtverordnetenversammlung

- **Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. Gestaltungssatzung für die Eschweger Innenstadt
Beschluss der Stv.-Versammlung vom 17.02.2011**

Die bisher zum Satzungsentwurf vorliegenden Anregungen sowie überarbeitete verwaltungsrechtliche Regelungen werden derzeit noch bzgl. ihrer Berücksichtigung im Satzungsentwurf geprüft und sollen nach der Sommerpause in die weiteren Beratungen der Gremien (dann auch mit unserem neuen Gestaltungsbeirat) und dann hier zur Abstimmung gegeben werden.

- **Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. energetische Quartierssanierung in
Eschwege
Beschluss der Stv.-Versammlung vom 10.12.2015**

Die Grünen sind jetzt nicht da. Aber hier kann ich versichern, bestehen enge Kontakte mit dem zuständigen WMK. Zielrichtung ist die Umsetzung der energetischen Quartierssanierung in Eschwege, und wir wollen dies nach Möglichkeit mit weiteren Programmen, z. B. Stadtbau 2, verknüpfen. Erste Ergebnisse hierzu und auch Projektskizzen und –ideen werden wir Ihnen im Herbst d. J. dann vorlegen.

Eventuelle Fördermittelverwendungen werden derzeit geprüft.

Wegen einer Konzepterstellung im Bereich des Energie-Contractings wird bereits eng mit den Stadtwerken zusammen gearbeitet.

- **Antrag der CDU-Stv.-Fraktion betr. Konzept zur Bereitstellung von Bauplätzen
Beschluss der Stv.-Versammlung vom 25.02.2016**

Dort ist es so, die erforderlichen Prüfungen und Untersuchungen werden z. Z. durchgeführt, und die Stadtplanung wird zu gegebener Zeit Ihnen Vorschläge unterbreiten.

- **179. Vergleichende Prüfung Baumanagement/Bauprojektmanagement**

Nach der Sommerpause wird in den im Antrag damals genannten Ausschüssen berichtet. Da die bereits umgesetzten Maßnahmen sehr umfangreich sind, kann dies nicht mehr vorher gesehen werden.

Die in der Prüfung genannten Empfehlungen werden bereits seit Mitte vergangenen Jahres umgesetzt. Hierzu müssen aufgrund der Komplexität der Materie jedoch zwingend der Fachbereichsleiter und Fachdienstleitung im zuständigen Ausschuss vortragen. Diese Zeit werden wir uns nehmen.

2. Wickeltisch im Rathaus

Ein Punkt, wo ich eine Abgeordnete direkt ansprechen darf. Frau Stolle, ich möchte Sie jetzt nicht die Mutter des Parlaments nennen, aber Sie haben mit einer Anregung bei einem Papa ins Herz getroffen und da haben wir das dann auch schnell umgesetzt.

Wir haben am 07.07- in der Behindertentoilette im Erdgeschoss des Stadthauses I einen zusammenklappbaren Wickeltisch an der Wand montiert. Besucher/innen können diesen nunmehr verwenden und müssen Babys und Kleinkinder dann nicht mehr in den Büroräumen wickeln.

-

Unsere Mitarbeiter weisen im Bedarfsfall die Besucher/innen darauf hin, dass der Schlüssel für die Toilette an der Information bereit liegt. Dort sind gleichfalls dann auch Einmalaufgaben für den Wickeltisch erhältlich, so dass dann auch die hygienische Seite geklärt ist.

Weiterhin wurde auch ein eigener Stillraum im Bereich des Rathauses angeregt. Aufgrund der eingeschränkten Raumkapazitäten und der geringen Nachfrage ist die separate Einrichtung eines solchen Raumes nicht möglich. Bei Nachfrage, und da haben wir unsere Mitarbeiter auch noch einmal darauf hingewiesen, verweisen diese dann auf einen freien Raum in den Stadthäusern, z. B. den Saal, das Magistratszimmer, das Trauzimmer, sie werden ja nicht immer alle in Anspruch genommen, und schließen dann diese Räume auf bzw. bitten dann die hierfür zuständigen Kolleginnen und Kollegen darum, die Räume aufzuschließen. Das machen wir also ganz pragmatisch im Einzelfall.

3. Hochwasserschutzstudie

Da greife ich eine Anregung auf, aus dem Ausschuss für Bauen und Umwelt, die ich hier auch im Rahmen des Magistratsberichts vortragen soll.

In einer gemeinsamen Sitzung von Magistrat und Ausschuss für Bauen und Umwelt wurde am 14.06.2016 durch das beauftragte Büro Sönnichsen die auf Eschwege heruntergebrochenen Ergebnisse der interkommunalen Hochwasserschutzstudie vorgestellt. Dabei wurde deutlich, dass durch Linienschutzmaßnahmen ein erheblicher Schutz für Brückenhausen erreicht werden könnte. Durch Deiche und den Bau einer Flutmulde wären noch weitergehende Verbesserungen möglich. Untersucht wurde auch, dass der Werratalsee im Falle eines Hochwassers keine bzw. eine sehr untergeordnete und damit zu vernachlässigende Funktion hat.

Mit diesen Ergebnissen gilt es nun, die Wasserstandsanhhebung weiter zu betreiben und den RP als dafür zuständige Behörde dazu zu bringen, die bisherige Rechtsauffassung aufzugeben. Dafür werden wir weiter kämpfen, wie auch an den nachfolgenden Auftragsvergaben zu sehen sein wird.

Und damit komme ich auch schon zu den Auftragsvergaben. Ich gebe Ihnen in guter, alter Tradition die entsprechenden Zahlen gerundet wieder. Die genauen Zahlen können Sie dann dem Protokoll entnehmen.

4. Auftragsvergaben

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat nachstehend genannte Aufträge vergeben:

- **Optimierung der Phosphatelimination des Zentralklärwirks**

- Vergabe der Leistungen von Los 3, Software-änderungen 29.571,50 €
- 1. Auftragsweiterung über die Erneuerung der Automatisierungstechnik als zusätzliche Leistung zu Los 3 –Softwareänderung 28.552,65 €

- **Monitoring des Werratalsees und der Werra**

- Sedimentuntersuchungen für eine Nährstoffuntersuchung 27.818,99 €
 - Untersuchungen zur Vorbereitung der Maßnahme „Dammabdichtung“ 47.857,87 €
- 133.801,01 €**

Ich danke Ihnen.“

Stv.-V. Hamp:

„Dankeschön, Herr Bürgermeister.“

Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv.-V. Hamp:

„Zu dem Punkt noch, Herr Montag?“

179. Vergleichende Prüfung Baumanagement/Bauprojektmanagement

Stv. Montag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Stadtverordnetenvorsteher, ich melde mich zu dem TOP Magistratsbericht, obwohl ich festgestellt habe, dass man nicht mehr reden soll, Der Magistratsbericht steht an Punkt 10 und ist ganz am Ende der Sitzung gestellt worden, ich weiß nicht warum das so ist, aber, wenn ich Herr Schneider gewesen wäre, hätte ich schlimmes vermutet. Ich erspare mir das mal.

Ich bedanke mich beim Bürgermeister, dass er überhaupt mal über die 179. Vergleichende Prüfung Baumanagement und Bauprojektmanagement gesprochen hat. Ich bin immer noch erstaunt darüber, dass er jetzt sagt, naja, das fangen wir mal an. Da sind ja viele Maßnahmen zu treffen, und das machen wir mal nach der Sommerpause. Der Hessische Rechnungshofspräsident hatte damals gesagt, er erwartete einen Zwischenbericht bis zum 21. Dezember 2015. Ich hatte in der letzten Sitzung gefragt, ist der

denn überhaupt geschrieben worden. Wenn er denn geschrieben worden wäre, hätte er mit dem damaligen Bau- und Planungsausschuss abgestimmt werden müssen. -“

Bemerkung aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Montag:

„Umwelt und Bauen. Dankeschön. Er hat jetzt wieder nicht berichtet. Ich habe ihn gefragt, ist denn da berichtet worden. Was ist denn vom Hessischen Rechnungshof dann geantwortet worden? Sagen die, ihr habt noch Zeit bis zum Sankt-Nimmerleinstag. Denn es ging ja auch um einige Zahlen, die den Haushalt zumindest belastet haben, wie dort festgestellt wurde. Da ging es einmal um 682.621 € und in einem anderen Potential um 910.011 € pro Jahr, die der städtische Haushalt hätte vereinnahmen oder sparen können. Ich warte immer noch auf eine Antwort und auf eine Erklärung, wie es dazu einfach kommen konnte. Hier ist wohl offensichtlich eine Menge schiefgelaufen und das hätte ich gerne nicht nach einem Jahr klargestellt. Hier werden viele andere Forderungen gestellt, wenn es um kleinere Beträge geht. Hier geht es um große Beträge. Offensichtlich, weil man an Schreibkräften sparen will, oder was weiß ich. Das tut schon weh. Ich erwarte jetzt endlich mal, und nicht immer nur nach der Sommerpause, wir sind immer hingeschoben worden, dass Butter bei die Fische gegeben wird. Dankeschön.“

Jährlicher Energiebericht

Stv. Fiege:

„Herr Vorsteher meine Damen und Herren, noch einmal zum Magistratsbericht, und zwar ist dort der Begriff gefallen Berichtspflichten und so Dinge, die hier einstimmig mit großer Mehrheit und mit großem Wurf zu einer Zeit engagiert vertreten worden sind und befürwortet sind. Ich habe das schon einmal angeregt, Berichte, und Sie haben es gesagt, energetische Quartierssanierung. Wo ist unser jährlicher Energiebericht? Wir haben uns hier auf den Weg gemacht. Wir waren in Hessen Vorreiter-Kommune. Es ist implodiert. Es scheint sich aufgelöst zu haben. Jetzt kommt immer mal teilweise was. Dann gibt es eine Veranstaltungsserie kurz vor der Wahl, wo man mal so ein bisschen in die Quartiere geht, mal hier und da mal piekt, aber wo ist unser Bericht. Bei welchem Stand sind wir? Es ist nicht nur 2015 kein Bericht erstellt worden, jetzt ist das Halbjahr rum, dann ist der Herbst da. Dann kriegen wir den Bericht vielleicht, wenn wir Glück haben, für dieses Jahr für zwei Jahre. Kommt denn da überhaupt noch etwas? Sie nicken. Ich bin gespannt, was Sie jetzt antworten und vor allem die Gründe sagen, warum da bisher nichts auf den Weg gebracht worden ist. Jetzt sagen Sie mir nicht, es lag an der Wortprotokollerstellung. Dankeschön.“

Stv. Montag vom Platz:

„Ich muss doch mal wissen, ob ein Zwischenbericht erstellt wurde. Das weiß ich doch nicht.“

Bgm. Heppe vom Platz:

„Es ist in der Bearbeitung und ich habe im Magistratsbericht gesagt, dass nach der Sommerpause dazu berichtet wird.“

Stv. Montag:

„Das ist kein Zwischenbericht.“

Bgm. Heppe vom Platz:

„Es hat einen Zwischenbericht gegeben und eine Meldung an das Ministerium.“

Stv. Montag macht eine Bemerkung vom Platz aus.

Stv.-V. Hamp:

„Jetzt aber doch keine Zwiesprachen.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stv.-V. Hamp:

„Ich schließe den Tagesordnungspunkt 10 und stelle fest, dass es jetzt 22:07 ist. Wir haben immerhin noch einen Tagesordnungspunkt, nämlich 11. „Anregungen“, um den behandeln zu können, benötige ich die Zustimmung des Hauses, über diese Zeit hinweg weiter zu tagen. Deswegen frage ich Sie, wer für ein Abarbeiten des restlichen Punktes der Tagesordnung ist, bitte ich um das Handzeichen.“

Beschluss:

Die Sitzung wird fortgesetzt.

Einstimmig beschlossen.

11. ANREGUNGEN

11.1 AUSTAUSCH DER RÜCKENLEHNEN DER STÜHLE IN DER STADTHALLE - 43/1 -

Stv. Hölzel:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, drei Stunden, etwas mehr, abzüglich der kleinen Pause, auf diesen Stühlen veranlassen mich, hier nach vorne zu gehen. Sie alle wissen, dass es durchaus Probleme beim Sitzen mit den Lehnen bei diesen Stühlen gibt und ich rege einfach an, dass der Magistrat mal die Kosten für den Austausch der Rückenlehnen der Bestuhlung in der Stadthalle eruiert.“

11.2 BERICHT ÜBER DIE REPARATUR DER STÜHLE IN DER STADTHALLE

- 43/1 -

Stv. Hölzel:

Ich rege weiterhin an, dass wir über die Bestuhlung insgesamt auch mal einen Bericht bekommen. Mir ist gesagt worden, dass es auch einen hohen Reparaturbedarf bei diesen Stühlen gebe. Diesbezüglich meine Anregung, der Magistrat möge sich doch bitte mal damit befassen, inwieweit wir das etwas optimieren können. Vielen Dank.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stv.-V. Hamp:

„Es ist, und das ist nicht nur an die, die im Lehrberuf stehen, eine Mitteilung, wir stehen vor den großen Ferien. Der eine oder andere wird verreisen, weiter weg, näher weg. Der eine oder andere wird hierbleiben und unsere Stadt und unsere Gegend genießen. Sei es, wie es sei. Haben Sie eine schöne Zeit. Kommen Sie zur Muße. Entspannen Sie, erholen Sie sich. Und dann geht es mit frischen Kräften nach der Sommerpause weiter. Bis zur nächsten Sitzung. Ich verabschiede Sie. Danke für Ihre Mitarbeit. Bis zum nächsten Mal.

Für das Protokoll, ich schließe um 22:11 Uhr.“

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG**

AM 14.07.2016

gez. Claus Hamp

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)